

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1993/94	
Westliche Industrieländer: Erhebliche konjunkturelle Risiken in Westeuropa	355
Bundesrepublik Deutschland: Strukturkrise oder konjunktureller Einbruch?	360
Sparhaushalt nicht konjunkturgerecht	372

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 26-27/93

Berlin

8. Juli 1993

60. Jahrgang

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1993/94

Westliche Industrieländer: Erhebliche konjunkturelle Risiken in Westeuropa

Die Konjunktur in den wichtigsten Industrieländern ist weiterhin schwach. In einer Reihe von Entwicklungsländern, insbesondere in Asien, werden dagegen hohe Zuwachsraten erzielt. Zwar sind in Nordamerika bereits seit Mitte des vergangenen Jahres Aufschwungtendenzen erkennbar, Europa aber befindet sich mitten in einer Rezession. Selbst die japanische Volkswirtschaft stagniert nahezu seit fast einem Jahr. Dieser weltweit schwache Konjunkturverlauf prägt die Nachfrage auf den internationalen Kapitalmärkten, auf denen die langfristigen Zinsen seit Jahresbeginn tendenziell weiter nachgegeben haben. Die anhaltend expansive Geldpolitik der Zentralbanken in den USA und Japan unterstützt diesen Prozeß. In Westeuropa kommt die Zinssenkung dagegen nur zögerlich in Gang.

Der Aufschwung in den USA ist noch labil. Nach einer kräftigen Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im letzten Quartal des Jahres 1992 von 4,7 vH auf Jahresbasis wuchs die amerikanische Wirtschaft im ersten Quartal dieses Jahres mit einer laufenden Jahresrate von lediglich 0,7 vH. Neben der Fortdauer der Konsolidierungsbemühungen der privaten und öffentlichen Haushalte spielten Sonderinflüsse, wie die extrem schlechten Wetterbedingungen zu Beginn des Jahres an der Ostküste, eine große Rolle für diesen sehr geringen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Die beträchtliche Zunahme der Importe insbesondere aus Kanada zeigt zudem, daß die amerikanische Wirtschaft Wettbewerbsnachteile gegenüber kanadischen Anbietern hat. Eine Ursache hierfür ist die Abwertung des kanadischen Dollars in Relation zum US-Dollar.

Nach dem Wegfall der wetterbedingten Sonderfaktoren sollte sich das Wachstum im weiteren Verlauf des Jahres wieder deutlich beschleunigen. Die monetären Rahmenbedingungen sind aufgrund des niedrigen Zinsniveaus

weiterhin günstig, und die Rentabilität der Anlageinvestitionen dürfte sich infolge der insgesamt positiven Produktivitätsentwicklung nochmals verbessern. Hinzu kommt, daß mit steigender Beschäftigung auch die Einkommen der privaten Haushalte wieder stärker zunehmen dürften. Dies läßt vor allem für 1994 eine positive Entwicklung des privaten Verbrauchs erwarten. Gleichwohl wird der Aufschwung nicht die aus den achtziger Jahren gewohnten Zuwachsraten aufweisen. Die Konsolidierungsbemühungen in den öffentlichen Haushalten stehen dem entgegen. Deren Restriktionswirkungen werden von Ende 1993 an spürbar werden.

Außerhalb Nordamerikas befinden sich fast alle westlichen Industrieländer in einer deutlichen Abschwungphase. Allerdings gibt es auch hier erhebliche Unterschiede im konjunkturellen Verlauf. In Japan ist der Tiefpunkt der Rezession bereits durchschritten. Dabei ist unterstellt, daß das von der Regierung beschlossene Stimulierungsprogramm Impulse auslöst. Wenn der Ausweitung der öffentlichen Investitionen keine Einsparungen an anderer Stelle des Haushalts gegenüberstehen, werden sich Nachfrage und Produktion nachhaltig beleben. Die Geldpolitik ist bereits seit geraumer Zeit darauf bedacht, die Konjunktur durch niedrige Zinsen anzuregen.

Besondere Sorge bereitet die Rezession in Westeuropa, von der fast alle Länder betroffen sind. Eine Ausnahme unter den großen europäischen Industrieländern bildet lediglich Großbritannien, dessen Wirtschaft nach einer zweijährigen kräftigen Rezession in diesem Jahr wieder wächst. Getragen wird die Expansion vom Export. Begünstigt wurde dies durch die starke Abwertung des Pfundes im Zuge der europäischen Währungsunruhen. Damit hat

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Inlandsnachfrage in den westlichen Industrieländern

Länder	Gewichte ¹⁾ 1991 vH		B I P real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Preise ³⁾		
	BIP	deutsche Ausfuhr	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
			1992	1993	1994	1992	1993	1994	1992	1993	1994
Deutschland ⁴⁾	10,0		2,0	-1,0	0,5	2,6	-1,0	0,0	5,4	4,5	3,5
Westdeutschland	9,3		1,5	-2,0	0,0	1,6	-2,0	-0,5	4,5	3,5	3,0
Ostdeutschland	0,7		6,8	5,0	5,5	9,0	4,0	2,5	18,3	13,5	5,5
Frankreich	7,1	16,6	1,2	-1,0	1,0	0,5	-1,0	1,5	2,5	2,5	2,5
Italien	6,8	11,6	0,9	-0,5	1,0	1,0	-1,5	1,0	4,7	5,5	5,5
Großbritannien	6,0	9,6	-0,6	1,5	2,0	0,5	1,5	2,0	4,5	5,5	4,5
Spanien	3,1	5,0	1,0	-1,0	0,5	1,9	-0,5	0,5	6,0	5,0	5,0
Niederlande	1,7	10,6	1,7	-0,5	1,0	0,8	-0,5	0,5	2,0	1,5	2,0
Belgien	1,2	9,2	1,0	-0,5	1,0	1,0	-0,5	1,0	3,0	3,0	2,5
Dänemark	0,8	2,4	1,1	0,5	1,0	-0,6	1,0	1,0	1,9	2,5	2,0
Griechenland	0,4	1,2	1,5	-0,5	0,5	1,3	0,0	1,0	15,0	12,0	11,5
Portugal	0,4	1,4	2,0	-1,0	0,5	2,6	2,0	2,0	11,0	8,5	7,0
Irland	0,3	0,5	1,5	1,5	2,0	0,0	1,0	1,5	3,5	3,0	2,5
EG	37,8		1,1	-0,4	1,0	1,3	-0,5	0,9	4,5	4,4	3,9
EG ohne Deutschland	27,8		0,8	-0,2	1,2	0,8	-0,3	1,3	4,2	4,4	4,1
EG ohne Deutschland ⁵⁾		68,4	1,0	-0,3	1,1	0,8	-0,4	1,2	3,8	3,8	3,6
Schweiz	1,4	7,1	-0,6	0,5	1,5	-3,6	0,0	1,5	2,3	3,0	3,0
Schweden	1,4	2,8	-1,7	-2,0	-0,5	-2,0	-4,5	-2,0	1,6	4,0	3,0
Österreich	1,0	7,5	1,5	-0,5	1,5	2,0	0,0	2,0	4,4	5,0	3,5
Finnland	0,7	1,1	-3,6	-1,0	1,0	-5,8	-4,0	-1,0	1,1	2,0	4,5
Norwegen	0,6	1,0	2,9	2,0	2,0	-0,4	3,0	2,5	-1,0	2,0	2,5
Europ. Industrieländer	42,9		0,9	-0,4	1,0	0,9	-0,6	0,9	4,2	4,3	3,9
Europ. Industriel. ohne BRD	32,9		0,6	-0,2	1,1	0,4	-0,5	1,1	3,8	4,2	4,0
Europ. Industriel. ohne BRD ⁵⁾		88,0	0,8	-0,3	1,1	0,4	-0,5	1,2	3,6	3,8	3,6
USA	33,7	7,9	2,1	3,0	3,5	2,5	3,5	4,0	2,6	3,5	3,5
Kanada	3,5	0,9	0,9	3,0	4,5	0,2	2,5	4,0	1,0	2,0	2,5
Japan	19,9	3,1	1,3	1,5	2,5	0,6	1,0	3,0	1,8	1,0	2,0
Außereurop. Industrieländer	57,1		1,7	2,5	3,2	1,7	2,6	3,7	2,2	2,5	2,9
Außereurop. Industrieländer ⁵⁾		12,0	1,8	2,6	3,3	1,8	2,8	3,7	2,3	2,7	3,0
Insgesamt	100,0		1,4	1,2	2,3	1,4	1,2	2,5	3,1	3,3	3,3
Insgesamt ohne Deutschland	90,0		1,3	1,5	2,4	1,2	1,4	2,7	2,8	3,1	3,3
Insgesamt ohne Deutschland ⁵⁾		100,0	0,9	0,0	1,4	0,5	-0,1	1,5	3,4	3,7	3,5

1) Auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1991 (Jahresdurchschnitt). — 2) Verbrauch und Investitionen des Inlands. — 3) Deflationierungsfaktor des BIP. — 4) Prognose für Deutschland unter Berücksichtigung der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten. — 5) Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der westdeutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

sich die Wettbewerbsfähigkeit Großbritanniens auf den Weltmärkten erheblich verbessert. In den Ausfuhren in die Europäische Gemeinschaft schlägt das weniger stark zu Buche, weil die Gesamtnachfrage schwach ist. Ein höherer Anteil der Ausfuhr als bei den anderen großen europäischen Ländern entfällt allerdings auf Länder außerhalb der Europäischen Gemeinschaft mit vergleichsweise besserer Konjunktur, insbesondere auf Nordamerika und auf Asien.

Trotz der Verteuerung der Importe kam es bisher nicht zu inflationären Impulsen und einer daraus resultierenden Preis-Lohn-Spirale. Ob damit eine Wende zu einer stabili-

tätsorientierten Lohnbildung verbunden ist, wird sich freilich erst erweisen, wenn der Aufschwung an Kraft gewinnt. Dann zeigt sich, ob die Gewerkschaften zu Lohnabschlüssen bereit sind, die sich am Produktivitätszuwachs orientieren.

In Frankreich hat sich das Konjunkturklima seit dem letzten Herbst rasch abgekühlt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nimmt ab, und die Arbeitslosigkeit steigt spürbar. Vor allem die gewerblichen Investitionen wurden erheblich reduziert. Hohe Zinsen und die Verschlechterung der Absatzerwartungen waren hierfür ausschlagge-

Entwicklung der Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlage-investitionen			Exporte von Waren und Dienstleistungen			Importe		
	1992	1993	1994	1992	1993	1994	1992	1993	1994	1992	1993	1994	1992	1993	1994
Deutschland ¹⁾	1,6	-1,0	-1,5	2,8	-0,5	1,0	4,6	-1,5	2,0	-0,5	-6,0	4,0	2,1	-4,5	1,0
Westdeutschland	1,0	-1,0	-1,5	2,5	-1,0	1,0	1,5	-4,5	0,0	3,2	-4,0	3,0	3,5	-4,0	1,5
Ostdeutschland	5,4	0,0	-1,5	4,5	0,5	1,5	24,0	14,5	12,5	15,2	4,5	8,0	12,1	3,5	1,0
Frankreich	1,7	0,5	1,5	2,7	1,5	1,5	-2,3	-3,5	1,5	6,5	0,0	2,0	3,0	0,5	3,0
Italien	1,8	-0,5	0,5	1,1	0,0	0,5	-1,4	-3,0	1,0	5,0	5,0	4,0	4,6	0,0	3,0
Großbritannien	0,2	1,5	2,0	-0,2	2,0	1,5	-0,6	1,0	2,0	1,9	4,0	4,5	5,1	3,0	4,5
Spanien	2,5	0,0	1,0	3,5	1,5	1,5	2,5	-4,5	0,5	8,0	3,5	4,5	8,5	3,0	3,5
Niederlande	1,6	0,0	1,0	0,5	-0,5	0,0	1,9	-3,5	1,0	2,9	1,0	3,5	1,7	1,0	3,0
Belgien	1,5	0,5	1,0	0,5	0,5	0,5	2,0	-3,0	1,0	1,0	1,0	2,5	1,0	1,0	2,5
Dänemark	1,3	1,0	1,5	1,7	0,0	0,5	-10,4	-2,0	1,5	3,8	0,0	3,5	0,2	0,5	3,5
Griechenland	1,0	0,5	0,5	0,5	0,0	0,5	2,0	-1,0	0,5	5,0	2,5	4,0	3,0	2,0	4,0
Portugal	3,5	0,5	1,5	1,0	1,0	1,0	2,5	-1,0	0,0	4,0	2,0	4,0	4,5	3,0	3,0
Irland	2,0	1,5	2,0	1,5	1,5	1,5	1,0	1,0	1,5	6,0	4,0	4,5	5,0	4,0	4,5
EG ²⁾	1,5	0,1	0,6	1,8	0,6	1,1	0,9	-2,2	1,5	2,8	-0,1	3,6	3,3	-0,3	2,7
EG ohne Deutschland ²⁾	1,5	0,4	1,2	1,4	1,1	1,1	-0,7	-2,5	1,2	4,2	2,3	3,4	3,8	1,4	3,4
Schweiz	-0,3	0,0	1,0	2,5	1,5	1,5	-6,7	-2,0	2,0	3,3	1,0	4,5	-3,8	0,0	4,0
Schweden	-1,9	-4,5	-2,0	0,3	-0,5	0,0	-11,0	-11,0	-8,0	2,0	5,0	5,0	1,1	-1,0	2,0
Österreich	2,2	0,5	1,0	2,1	1,5	2,0	1,1	-1,0	1,5	0,3	-1,0	3,0	1,4	0,5	3,5
Finnland	-5,5	-3,5	-2,5	0,0	-4,0	-3,0	-15,0	-9,0	-2,0	9,0	10,0	7,0	0,5	-0,5	1,0
Norwegen	1,5	1,5	2,0	2,7	1,0	1,5	5,6	2,0	2,5	6,1	2,0	2,0	1,0	4,0	3,0
Europäische Industrieländer ²⁾	1,3	-0,1	0,5	1,7	0,5	1,0	0,0	-2,5	1,2	2,9	0,3	3,7	2,8	-0,2	2,7
Europ. Industrieländer ohne Deutschland ²⁾	1,2	0,1	1,0	1,4	0,8	1,0	-1,6	-2,9	0,9	4,0	2,3	3,6	3,0	1,2	3,3
USA	2,3	3,5	4,0	-1,5	-1,5	0,5	5,9	7,5	8,5	6,3	3,5	7,0	9,6	8,5	8,5
Kanada	1,0	2,0	4,5	1,6	1,5	1,5	-0,6	1,5	6,5	8,2	5,0	7,0	5,5	3,5	5,0
Japan	1,7	1,5	3,0	2,4	3,0	2,5	-1,0	-0,5	3,5	4,9	1,5	0,5	0,0	-1,5	3,5
Außereuropäische Industrieländer ²⁾	2,0	2,8	3,7	-0,4	-0,2	1,0	2,0	3,0	5,8	6,0	2,9	4,4	5,7	4,4	6,3
Insgesamt ²⁾	1,7	1,6	2,4	0,7	0,1	1,0	1,1	0,7	3,8	4,1	1,2	4,0	3,9	1,5	4,1
Insgesamt ohne Deutschland ²⁾	1,7	1,9	2,8	0,4	0,2	1,0	0,7	0,9	4,0	4,9	2,6	3,9	4,2	2,6	4,6

¹⁾ Prognose für Deutschland unter Berücksichtigung der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten. Angaben um innerdeutsche Transaktionen bereinigt. — ²⁾ Gewichte 1991 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1991 (Jahresdurchschnitt).

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

bend. Im Unterschied zu Italien und Großbritannien veränderte Frankreich seinen Wechselkurs gegenüber der D-Mark im Gefolge der Krise des EWS nicht. Kurzfristig verlor daher Frankreich deutlich an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber vielen Handelspartnern. Gleichzeitig war die Bank von Frankreich gezwungen, der Hochzinspolitik der Bundesbank weitgehend zu folgen, obwohl die dämpfenden Wirkungen auf die Nachfrage schon im vergangenen Herbst sichtbar waren. Erst in den letzten Monaten ist es der französischen Geldpolitik gelungen, sich etwas

von der Politik der Bundesbank zu lösen. Die relative Schwäche der D-Mark im EWS erlaubte es den Zentralbanken mehrerer Länder, ihre bis dahin inverse Zinsstruktur zu normalisieren. Für die Wirtschaft Frankreichs bedeutet dies zunächst eine gewisse Erleichterung. Eine gewisse konjunkturelle Erholung ist aber frühestens zum Ende dieses Jahres möglich.

Die italienische Wirtschaft ist durch eine leichte Rezession geprägt. Die spürbare Dämpfung des Lohnanstiegs hat zwar zu einem Rückgang des Preisauftriebs geführt.

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾			
	Unternehmertätigkeit und Vermögen			unselbständiger Arbeit									
	in Landeswährung												in SZR
	1992	1993	1994	1992	1993	1994	1992	1993	1994	1992	1993	1994	1992
Deutschland ³⁾	1,6	2,5	4,0	7,6	2,0	3,0	0,2	4,0	3,5	5,7	3,5	2,5	9,2
Westdeutschland	1,2	0,0	2,5	5,9	1,0	2,5	0,3	2,0	2,5	4,7	3,0	2,5	8,2
Ostdeutschland	.	.	.	20,6	10,0	7,0	.	.	.	12,4	6,0	2,0	16,1
Frankreich	4,7	1,5	6,0	3,0	1,5	2,5	3,5	2,5	5,0	1,8	2,5	1,5	5,5
Italien	3,7	8,5	8,5	5,1	5,5	5,0	2,7	9,0	7,5	4,2	6,0	4,0	2,0
Großbritannien	5,5	10,5	7,0	4,2	6,0	6,5	6,1	9,0	5,0	4,8	4,5	4,5	1,1
Spanien	6,5	3,0	7,0	7,5	4,5	4,5	5,5	4,5	6,5	6,5	5,5	4,0	5,1
Niederlande	−1,2	−2,0	4,0	4,0	2,5	2,5	−2,8	−1,5	3,0	2,3	3,0	1,5	5,8
Belgien	2,1	−0,5	3,5	5,0	4,0	3,5	1,0	0,0	2,5	4,0	4,5	2,5	7,4
Dänemark	5,1	3,0	3,0	3,2	3,0	3,0	3,9	2,5	2,0	2,0	2,5	2,0	5,0
Griechenland	18,5	11,0	13,5	15,0	12,0	10,5	17,0	11,5	13,0	13,5	12,5	10,0	5,6
Portugal	13,0	5,5	7,0	13,5	9,0	8,0	10,5	6,5	6,5	11,5	10,0	7,5	16,1
Irland	6,0	5,5	4,5	4,5	4,0	4,5	4,5	4,0	2,5	3,0	2,5	2,5	5,5
EG ⁴⁾	4,1	4,6	6,3	5,5	3,6	4,0	2,2	4,2	4,5	4,3	4,0	2,9	5,8
EG ohne Deutschland ⁴⁾	4,8	5,3	6,9	4,7	4,2	4,5	3,1	4,3	4,9	3,7	4,2	3,0	4,5
Schweiz	−1,8	4,5	6,0	4,5	3,0	4,0	−1,2	4,0	4,0	5,2	2,5	2,5	4,4
Schweden	−6,8	5,5	2,5	2,0	1,0	2,5	−5,2	7,5	3,0	3,7	3,0	3,0	4,7
Österreich	4,7	6,0	6,5	6,7	4,0	4,5	3,1	7,0	5,0	5,1	4,5	3,0	8,6
Finnland	−9,0	15,0	19,5	−1,0	−2,0	2,0	−5,7	16,0	18,5	2,7	−1,0	1,0	−9,8
Norwegen	−3,4	3,0	4,5	4,5	4,5	4,5	−6,2	1,0	2,5	1,6	2,5	2,5	3,0
Europ. Industrieländer ⁴⁾	3,5	4,8	6,3	5,2	3,4	4,0	1,6	4,5	4,6	4,3	3,8	2,8	5,5
Europ. Industrieländer ohne Deutschland ⁴⁾	3,9	5,3	6,9	4,4	3,9	4,3	2,0	4,7	4,9	3,8	3,9	2,9	4,3
USA	5,7	10,5	8,5	4,0	6,5	7,0	3,5	7,0	4,5	1,8	3,5	3,0	−1,1
Kanada	−4,1	8,0	5,0	2,7	5,0	8,0	−4,9	4,5	0,5	1,8	2,0	3,0	−6,1
Japan	1,9	3,0	3,5	4,5	2,5	4,5	0,6	1,5	1,0	3,2	1,0	2,0	6,8
Außereuropäische Industrieländer ⁴⁾	3,7	7,5	6,4	4,1	5,1	6,2	1,2	4,6	2,6	2,3	2,4	2,6	1,1
Insgesamt ⁴⁾	3,6	6,2	6,4	4,6	4,4	5,3	1,4	4,6	3,9	3,6	3,3	2,8	4,0
Insgesamt ohne Deutschland ⁴⁾	3,8	6,6	6,6	4,2	4,7	5,6	1,7	4,7	4,0	3,2	3,3	2,8	2,9

1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttoinlands- bzw. Bruttosozialprodukts. — 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoinlands- bzw. Bruttosozialprodukts. — 3) Prognose für Deutschland unter Berücksichtigung der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten. — 4) Gewichtet mit Anteilen von 1991. Für 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung des SZR zugrunde liegen.

Quellen: OECD, Economic Outlook; SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

Gleichzeitig stagnierte jedoch der private Verbrauch. Die Ausrüstungsinvestitionen wurden trotz des Rückgangs der Binnennachfrage allerdings nicht ganz so stark getroffen wie in Frankreich, da sich die Exporte — nicht zuletzt infolge der kräftigen Abwertung — weiter gut entwickelten. Der überraschende Anstieg der Produktion im verarbeitenden Gewerbe im ersten Quartal kann hiermit wenig-

stens teilweise erklärt werden. Dennoch sind die Bedingungen für eine baldige konjunkturelle Erholung eher schlechter als in Frankreich: Noch immer weist Italien eine wesentlich höhere Inflationsrate auf, noch immer ist das Defizit der öffentlichen Haushalte auf einem im internationalen Vergleich extrem hohen Niveau. Damit ist für die Finanzpolitik in Italien kaum Spielraum vorhanden.

Das einzige wichtige Industrieland in Europa, das gegenwärtig noch immer eine leicht inverse Zinsstruktur aufweist, ist Deutschland. Zugleich hat die D-Mark in den vergangenen Wochen gegenüber den EWS-Währungen leicht und gegenüber dem US-Dollar deutlich an Wert verloren. Damit ergab sich in Europa eine neue Situation. In den EWS-Mitgliedsländern, namentlich in Frankreich, erweiterte sich der Spielraum für konjunkturstimulierende Zinssenkungen. Zu weiteren Zinsrückgängen im Ausland

wird es nur kommen, wenn die Deutsche Bundesbank die geldpolitische Lockerung weiter verstärkt.

Auch in diesem Falle wird sich das Wirtschaftswachstum in Westeuropa im nächsten Jahr aber noch nicht nachhaltig beschleunigen. Nach einer Abnahme um 0,5 vH wird es im nächsten Jahr einen Zuwachs von 1 vH geben. Für den europäischen Arbeitsmarkt impliziert dies erneut einen kräftigen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen.

Bundesrepublik Deutschland: Strukturkrise oder konjunktureller Einbruch?

Die wirtschaftspolitische Diskussion in Deutschland hat seit Beginn der Rezession im Westen neue Konturen gewonnen. War es bis zum Beginn des vergangenen Jahres die Transformationskrise in Ostdeutschland und deren Überwindung, die die Debatte bestimmte, so ist es nun eine vermeintliche Struktur- und Kostenkrise in Westdeutschland, die für das wirtschaftspolitische Handeln leitend ist. Zudem beunruhigen die hohen öffentlichen Defizite und zuletzt die Schwächetendenzen der D-Mark auf den internationalen Devisenmärkten.

Es ist kaum zu bestreiten, daß Deutschland insgesamt mit strukturellen und konjunkturellen Problemen konfrontiert ist. Diese sind aber jeweils geographisch genau zuzuordnen. In Ostdeutschland dominieren Probleme auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft, nämlich Probleme der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. In Westdeutschland dominiert dagegen eine Nachfrageschwäche, die — wie die sechs großen Institute jüngst übereinstimmend festgestellt haben — aus einem Konflikt von Geld- und Lohnpolitik resultiert. In der wirtschaftspolitischen Diskussion ist die Rede von einer Struktur- und Kostenkrise in Westdeutschland, die es so nicht gibt. Es ist richtig, daß in jedem konjunkturellen Aufschwung, so auch in dem letzten, strukturelle Anpassungen hinausgeschoben werden, weil die gute Konjunktur auch strukturschwachen Produktionszweigen noch erträgliche Gewinne beschert. Der überfällige Bedarf an Auslagerungen zu teurer Produktionszweige, an Kostensenkungen und an Innovationen wird dann erst im Abschwung deutlich, und zwar um so mehr, je stärker der Konjunktüreinbruch ausfällt. Die unterlassenen Anpassungen nachzuholen, ist Aufgabe des Unternehmenssektors. Deswegen befindet sich die Wirtschaft aber noch nicht in einer Strukturkrise, die durch langfristige Wachstumsschwäche gekennzeichnet wäre. Die Wirtschaftspolitik ist in Gefahr, auf der Basis einer falschen Diagnose zu handeln und damit Therapien anzuwenden, deren Wirkungen die Konstitution einer im Prinzip gesunden Volkswirtschaft erheblich schwächen können. Was man zu erreichen versucht, erreicht man nicht, was man zu bekämpfen versucht, tritt dagegen ein.

Die Diagnose einer Strukturkrise für Westdeutschland wird mit dem Schlagwort von der Gefährdung des „Standorts Deutschland“ vorangetrieben. Das ist nunmehr das dritte Mal in gut 10 Jahren, daß eine Diskussion dieser Art geführt wird. Geradezu reflexartig wird jede konjunkturelle Abschwächung von Interessenvertretern und Politikern als Standortkrise gedeutet und werden die gleichen Rezepte zur dauerhaften Gesundung angeboten. Im Juni 1988 schrieb beispielsweise der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA): „Die vorstehenden Statistiken belegen den erschreckenden Befund: Die Produktionsbedingungen für die Wirtschaft haben sich am Standort Bundesrepublik Deutschland verschlechtert; seit fünf Jahren hinkt unser Land beim Sozialprodukt-

wachstum, den Investitionen und der Beschäftigung hinterher. Beim Produktivitätszuwachs ist die Industrie der Bundesrepublik Deutschland inzwischen Schlußlicht“¹.

Belegt wurde der „erschreckende Befund“ mit den Zuwachsraten des realen Bruttosozialprodukts, der Bruttoanlageinvestitionen, der Beschäftigtenzahl und der Produktivität im verarbeitenden Gewerbe in den Jahren von 1983 bis 1987. Was der VDMA und viele andere, die damals von einem Standortproblem der Bundesrepublik sprachen, nicht wissen konnten: Schon im Jahr dieses Befundes und im Jahr danach (also 1988 und 1989) wies die Wirtschaft der Bundesrepublik bei allen diesen Indikatoren eine enorme Dynamik und Wettbewerbskraft auf und widerlegte — gewissermaßen aus dem Stand — alle Diagnosen von Wettbewerbs- und Standortsschwäche. Tatsächlich trat denn auch die Standortproblematik angesichts der unbestreitbaren Erfolge deutscher Exporteure auf den Weltmärkten in den Hintergrund. Offenbar bieten nun die strukturelle Schwäche der ostdeutschen Wirtschaft und die Rezession im Westen erneut Gelegenheit, mit noch größerer Härte als zuvor die Standortfrage voranzutreiben. Das paradoxe Ergebnis dabei ist: Selbst die Interessenvertreter werden von einer falschen Wirtschaftspolitik nicht profitieren, am Ende werden alle verloren haben. Schon im Jahr 1994 wird sich das zeigen.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung in den Jahren 1993 und 1994

Rezession in Westdeutschland

Die konjunkturelle Lage in Westdeutschland im Sommer 1993 ist schlecht. Zwar hat es nach dem tiefen Einbruch im ersten Quartal — wie erwartet — eine Gegenbewegung im zweiten Quartal gegeben. Die Industrieproduktion hat sich vorübergehend auf niedrigem Niveau stabilisiert, und der zu Beginn des Jahres dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit hat sich verlangsamt. Dennoch ist die konjunkturelle Tendenz weiter abwärts gerichtet.

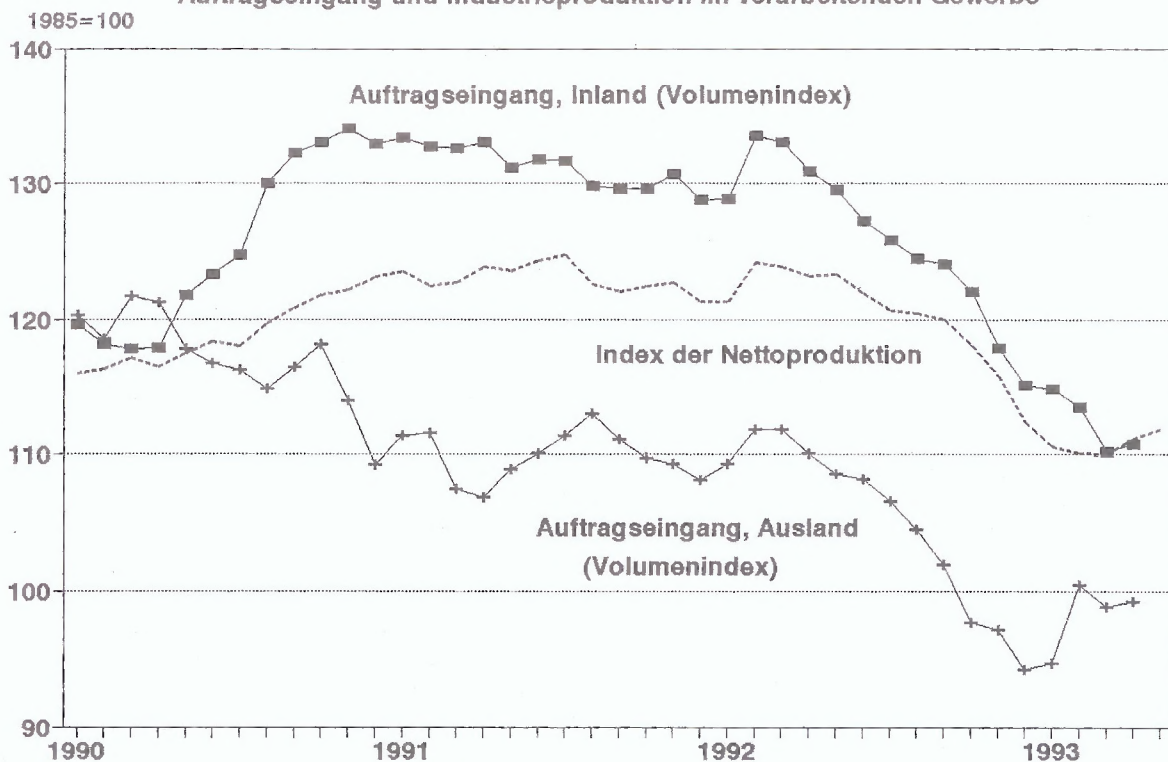
Die verfügbaren Realeinkommen der privaten Haushalte sinken, so daß diese ihren Verbrauch einschränken, und der Staat spart. Vom Ausland ist keine Belebung zu erwarten, wenn sich die monetären Bedingungen nicht durchgreifend verbessern, das Zinsniveau also deutlich sinkt. Ein Umschwung der Konjunktur könnte in Deutschland derzeit nur von den Investitionen der Unternehmen getragen werden.

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen aber wird sich nicht als Konjunkturmotor erweisen, solange nicht einige fundamentale Änderungen in den Rahmendaten eingetreten sind. Die Unternehmen können in dieser Konjunktursituation aus eigener Kraft eine Verbesserung ihrer Lage

¹ Vgl. Wirtschaftspolitisches Grundsatzpapier des VDMA vom Juni 1988.

Indikatoren zur konjunkturellen Entwicklung Westdeutschlands¹⁾

Auftragseingang und Industrieproduktion im verarbeitenden Gewerbe



1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Gleitender Durchschnitt aus jeweils zwei Monatswerten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

DIW 93

nicht erreichen. Zwar rationalisiert jedes einzelne Unternehmen und vermindert seinen Kostenanstieg, doch die Rationalisierung führt immer zu einer gleichzeitigen Schwächung der Nachfrage bei den Unternehmen insgesamt. Die Freisetzung von Arbeitskräften und der Abbau der sog. Overhead-Kosten etwa bedeuten gesamtwirtschaftlich Nachfrageausfall, wenn er nicht von anderen Institutionen, also vor allem dem Staat, abgefedert oder gar aufgefangen wird. Was die Unternehmen an Einnahmen pro Stück gewinnen, verlieren sie ohne „automatische“ Stabilisierung des Staates an der Stückzahl. Gesamtwirtschaftlich kommt dieses Phänomen darin zum Ausdruck, daß im Abschwung die Produktivität im Gefolge der Rationalisierungsbemühungen zwar steigt, aber weit schwächer als im Aufschwung. In vielen Bereichen werden Investitionen weiter zurückgestellt.

Die kontraktbestimmten Einkommen (Löhne und Gehälter) nehmen trotz eines deutlich abgeflachten Anstiegs stärker zu als die Produktivität, so daß die Lohnstückkosten auch in der Rezession noch recht kräftig steigen (1993: 3 vH). Die Unternehmen können diese Kostensteigerungen in den konjunkturell angeschlagenen Bereichen nicht in den Preisen weitergeben. Die Gewinnsituation verschlechtert sich folglich.

Wie sehr die wirtschaftliche Lage des Sektors, in dem die Unternehmen operieren, die Investitionsmöglichkeiten bestimmt, ist derzeit in Westdeutschland deutlich erkennbar. In der Industrie sinken die Investitionen mit zweistelligen Raten. Der Wohnungsbau profitiert dagegen von einer Knappheit an Wohnungen, die die privaten Haushalte zwingt, größere Anteile ihres Einkommens für Miete aufzuwenden. Daher ist die Erwartung der Investoren berechtigt, daß sich auch weiterhin hohe Mietsteigerungen im Neubau durchsetzen lassen (über 6 vH im Durchschnitt von 1993). Damit kann der Investor seine Hypothekenzinsen über Mietsteigerungen finanzieren. Der „Realzins“ seiner Investition ist nahe Null, was einen enormen Anreiz zum Investieren setzt. In der Industrie dagegen stagnieren die Erzeugerpreise seit einem Jahr, und es ist nicht zu erwarten, daß sich in absehbarer Zeit kräftige Preissteigerungen auf diesen Märkten durchsetzen lassen, da der internationale Wettbewerbsdruck sehr groß ist. Hier ist folglich in Westdeutschland der „Realzins“ sehr hoch.

Das zeigt auch, daß der Realzins, der aus der Verbraucherpreissteigerung abgeleitet wird, in die Irre führt. Dominiert für die Verbraucherpreise sind derzeit die Mietenentwicklung und die Zunahme administrativer Preise. Die Wirkung des Anstiegs der Mieten zeigt sich im Woh-

nungsbau. Sie kann nicht noch einmal als Begründung für positive Erwartungen im Bereich der Industrie benutzt werden.

Unumgänglich für eine durchgreifende Investitionsbelegung ist daher eine weitere Senkung der kurzfristigen Zinsen, um die Opportunitätskosten des Nicht-Investierens zu erhöhen bzw. den Vorsprung der Gewinne aus Finanzanlagen abzubauen. Wer dies nicht will oder für nicht ausreichend hält, muß auf anderem Wege für eine Anregung der Konjunktur sorgen. Nach Lage der Dinge kann eine solche Anregung nur vom Staat kommen. Der Staat müßte dann zumindest die im Zuge der Rationalisierung in den Unternehmen und des Einkommensrückgangs automatisch sich ergebende Abschwächung der Einnahmen und den Anstieg der Ausgaben hinnehmen und, wenn das nicht ausreicht, sich zusätzlich verschulden. Einen anderen Weg gibt es nicht, da man weder von den Unternehmen noch von den privaten Haushalten eine Zunahme der Verschuldung erwarten kann. Rezession ist ex ante immer ein Überschuß an Sparen über das Investieren. Das kann nur durch zusätzliche Verschuldung einer Gruppe ausgeglichen werden.

In der Bundesrepublik ist der Staat fest entschlossen, das Gegenteil zu tun. Das macht die Prognose für 1994 schwierig. Daher wurden hier zwei Varianten modelliert, denen unterschiedliche Annahmen über die staatliche Verschuldungsbereitschaft zugrunde liegen.

In beiden Varianten ist angenommen, daß es in Europa bald zu einer durchgreifenden Senkung der kurzfristigen Zinsen kommt, die auch auf die langfristigen ausstrahlt. Infolgedessen belebt sich die Investitionsneigung in Europa, was sich auch positiv auf die Exporttätigkeit der deutschen Industrie auswirkt.

In Variante A werden von seiten des Staates nur die Rentenversicherungsbeiträge angehoben, was 1994, zusammen mit den etwas höheren Steuereinnahmen aufgrund der Besserung der Konjunktur, schon zu einer Verminderung des staatlichen Defizits in der Größenordnung von 15 Mrd. DM führt. Der private Verbrauch bleibt schwach, da die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte unter Berücksichtigung der Preissteigerungen stagnieren und mit sinkender Sparneigung bei hoher Arbeitslosigkeit nicht gerechnet werden kann.

Die Ausrüstungsinvestitionen in Westdeutschland nehmen bei weiter sinkender Kapazitätsauslastung noch nicht zu, obwohl sich die Gewinnsituation der Unternehmen erstmals verbessert. Dies gilt auch für die gewerblichen Bauinvestitionen. Der Wohnungsbau expandiert dagegen in nahezu unverändert kräftigem Tempo wie 1993. Insgesamt ergibt sich eine leichte Erholung der Konjunktur, die sich am Jahresende 1994 festigt. Im Jahresdurchschnitt wäre ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von etwa 1 vH erreichbar. Die Arbeitslosigkeit stiege gleichwohl nochmals um 150 000 auf eine Quote von fast 8 vH.

Doch das ist — nach den jüngsten Beschlüssen der Bundesregierung — nicht mehr die wahrscheinlichste Entwicklung. In Variante B wurden die im Gespräch befindlichen Konsolidierungsmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten eingerechnet². Es soll insgesamt zu Entlastungen von 35 Mrd. DM kommen, die in dieser Größenordnung zum Abbau der Verschuldung genutzt werden sollen. Dabei sollen in Westdeutschland 27 Mrd. DM und in Ostdeutschland 8 Mrd. DM eingespart werden.

Bei dieser Variante fällt das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts Westdeutschlands um etwa einen Prozentpunkt niedriger aus; es ist nur noch mit Stagnation zu rechnen. Entscheidend dafür ist, daß die Sparbeschlüsse zu einem Rückgang des real verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte um 2 vH führen (Variante A: 0 vH). Infolgedessen sinkt der private Verbrauch im kommenden Jahr real um etwa 1½ vH.

Besonders bemerkenswert ist, daß — trotz der Abkoppelung der Besoldung der Beamten von der der Angestellten — die kontraktbestimmten Einkommen insgesamt weit weniger negativ betroffen sind als die Residualeinkommen (die Gewinne). Während die Nettoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit nur um einen Prozentpunkt weniger steigen als in Variante A, ist der Verlust bei den Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen etwa dreimal so stark. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage schlägt hier am stärksten zu Buche, weil bei den Unternehmen die Einsparungen des Staates nicht unmittelbar wirksam werden, der Rückgang der Nachfrage sie aber unmittelbar trifft.

Gegenzurechnen hätte man positive Effekte am Kapitalmarkt, wenn die Einsparversuche des Staates tatsächlich, wie geplant, zu einer merklichen Verringerung des staatlichen Defizits führen würden. Das aber ist nicht der Fall. Das staatliche Defizit verringert sich in Westdeutschland per saldo lediglich um 7½ Mrd. DM. Der Großteil dessen, was der Staat etwa je Arbeitslosen spart, geht über eine zunehmende Zahl von Arbeitslosen wieder verloren. Auch die Steuern fließen weniger kräftig als in der „Wachstumsvariante“. Schließlich sind infolge der Mineralölsteuererhöhung die Verbraucherpreise in dieser Variante (3½ vH) höher als in Variante A (3 vH). Dies spricht, zumindest wenn man der Logik der vielfach vertretenen Verteidigungslinien der Bundesbankpolitik folgt, nicht für einen größeren Zinssenkungsspielraum — weder am kurzen noch am langen Ende.

Anhaltende Wettbewerbsprobleme in Ostdeutschland

Die Produktion der ostdeutschen Wirtschaft wird auch in diesem und im nächsten Jahr zunehmen. Eine durchgreifende Eigendynamik ist damit allerdings nicht verbunden.

² Nähere Erläuterungen im folgenden Bericht „Sparhaushalt nicht konjunkturgerecht“.

Getragen wird die Expansion in Ostdeutschland nach wie vor von der Investitionstätigkeit westdeutscher Unternehmen und der Bauwirtschaft, die in direkter oder indirekter Weise von der Bereitstellung staatlicher Mittel abhängig ist. Die Gesamtsituation der ostdeutschen Industrie hat sich trotz rascher Modernisierung vieler Anlagen und der Inbetriebnahme neuer Fabriken kaum verbessert. Die Lohnstückkosten steigen 1993 noch einmal deutlich stärker als im Westen. Hinzu kommt die Rezession im Westen. Viele, auch privatisierte Betriebe sind bedroht, die bei günstigerer Wirtschaftsentwicklung eine Chance gehabt hätten.

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Haushalte entwickelt sich nicht mehr so stürmisch wie in den ersten Jahren nach der Vereinigung. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nimmt in diesem Jahr noch um fast 8 vH zu, was aber keine reale Verbesserung des Lebensstandards mehr mit sich bringt, da die Verbraucherpreise — auch hier dominiert von den Mieten — noch etwas stärker steigen. Erst im nächsten Jahr wird sich der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe normalisieren (4 vH). Dann dürften aber auch die verfügbaren Einkommen nicht mehr im gleichen Maße wie 1993 expandieren. Dennoch ist in der Variante A dieser Prognose mit einem Anstieg des real verfügbaren Einkommens von 2 vH zu rechnen. Werden die Sparpläne der Regierung (Variante B: Einsparungen bei den öffentlichen Haushalten von 8 Mrd. DM) umgesetzt, sind die Preise höher, und das verfügbare Einkommen ist so viel niedriger, daß es abermals real zu einem Rückgang kommt.

Eine weitgehend offene Frage ist derzeit, wie stabil die von Privaten getragene Investitionstätigkeit ist. Bisher haben sich die Investitionen als nicht sehr anfällig für die rezessiven Tendenzen im Westen gezeigt. Erst für das nächste Jahr planen die westdeutschen Unternehmen offenbar eine Konsolidierung, wie aus Umfragen des ifo-Instituts hervorgeht. Diese relativ geringe Reagibilität der Investitionen mag damit zu tun haben, daß begonnene Investitionsprojekte in der Hoffnung auf eine rasche Erholung des Gesamtmarktes durchgezogen werden. Wichtiger noch dürfte sein, daß praktisch alle Investitionen in Ostdeutschland in der einen oder anderen Weise subventioniert sind. Die allgemeine staatliche Investitionsförderung setzt begonnene Investitionsprojekte oder gekaufte Investitionsgüter voraus. Wer solche Mittel beantragt hat, wird die Investition in der Regel realisieren, um seine Zulage oder den Zuschuß nicht zu verlieren.

Größer ist sicherlich die Bedeutung indirekter Subventionierung von Investitionen durch die Treuhandanstalt. Da die Treuhandanstalt viele Unternehmen zu negativen Preisen, aber unter Investitionsauflagen verkauft hat, sind die Investoren zumeist gezwungen, die zugesagten Investitionen zumindest im Rahmen des direkten Zuschusses der Treuhandanstalt durchzuführen. Das gilt auch für die gewerblichen Bauinvestitionen, die bislang das größte Gewicht bei den Bauten hatten, deren Expansion sich jetzt

aber deutlich abschwächen dürfte. Außerordentlich stark expandieren wird dagegen der Wohnungsbau; allerdings spielt auch hier die staatliche Förderung eine entscheidende Rolle.

Kaum zu beantworten ist derzeit die Frage, ob die hoch subventionierte Investitionstätigkeit in Ostdeutschland zu Lasten derjenigen in Westdeutschland weiter zunimmt. Es ist durchaus naheliegend, hier einen engen Zusammenhang zu vermuten. Viele Investoren, die das Risiko einer Investition in Ostdeutschland trotz der Subventionierung als hoch einschätzen, werden in Westdeutschland ihre Investitionspläne kürzen, um das Gesamtrisiko des eingesetzten Kapitals nicht zu vergrößern. In diesen Fällen wird mit Hilfe der Subventionierung zwar das regionalpolitische Ziel erreicht; für Deutschland insgesamt ist aber zu bedenken, daß die Subventionen für Ostdeutschland letztlich aus den Erträgen von Investitionen in Gesamtdeutschland bezahlt werden müssen.

Insgesamt gesehen ist die Expansion in Ostdeutschland mit Vorsicht zu interpretieren. Zwar verbessert sich die wirtschaftliche Lage dort, aber der Aufbau des Kapitalstocks kostet viel öffentliches Geld und trägt noch nicht dazu bei, die Transfers von West nach Ost zu vermindern.

Strukturkrise und Standortprobleme in Westdeutschland?

Seit Sommer des vergangenen Jahres befindet sich die westdeutsche Wirtschaft in einem ausgeprägten konjunkturellen Abschwung³. Es ist die dritte konjunkturelle Schrumpfungsphase seit 1980. Die erste, eine ebenfalls starke Rezession, dauerte von Anfang 1980 bis Ende 1982; die zweite, eine moderate konjunkturelle Abkühlung, ist von Mitte 1985 bis Ende 1987 zu datieren; die dritte hat zwar schon Anfang 1991 begonnen, ist aber erst seit Mitte 1992 deutlich spürbar geworden. Zwischen diesen Phasen befand sich die Wirtschaft der Bundesrepublik jeweils im Aufschwung. Die Intensität der Aufschwünge war allerdings unterschiedlich. Der Aufschwung von 1988 bis 1991 war — selbst wenn man die zweite Hälfte der 70er Jahre in den Vergleich einbezieht — der kräftigste, sowohl was die Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts als auch was den Zuwachs an Produktivität und Beschäftigtenzahl betrifft. Nimmt man die 80er Jahre insgesamt, dann haben sich tiefgreifende Verbesserungen der Situation der deutschen Wirtschaft ergeben. Das Wachstum des Produktionspotentials hat sich nach schwachem Beginn deutlich erhöht, die Beschäftigung wurde in einem Maße ausgeweitet, das zu Anfang der 80er Jahre für undenkbar gehalten worden war, und die Arbeitslosigkeit wurde so weit abgebaut, daß sogar die Langzeitarbeitslosigkeit erheblich gesunken ist. Das alles geschah bei einem sehr niedrigen Inflationssockel, wenngleich hier — wie in allen Industrie-

³ Abschwung ist hier definiert als Rückgang der trendbereinigten Werte der Produktion des produzierenden Gewerbes.

ländern — die Ölpreissenkungen die Aufgabe der Wirtschaftspolitik erleichterten.

Bemerkenswert ist, daß seit Mitte der 70er Jahre, also nach der ersten Ölpreisexplosion, der internationale Konjunkturzyklus weitgehend synchron verläuft. Der Aufschwung in Westdeutschland war immer in eine internationale Aufwärtsbewegung eingebettet. Aber auch im internationalen Vergleich des Tempos und der Intensität der Aufschwünge schneidet die Bundesrepublik sehr gut ab. Insbesondere Ende der 80er Jahre war die Kombination von hohen Produktivitätszuwächsen und großer Beschäftigungszunahme unter den entwickelten Industriestaaten ohne Beispiel. Daß die westdeutsche Volkswirtschaft gleichzeitig Leistungsbilanzüberschüsse erzielte, die sogar diejenigen Japans — gemessen in Relation zum Bruttosozialprodukt — übertrafen, ist ein überzeugender Beleg dafür, daß die Grundkonstitution der Wirtschaft gesund war, zumal die deutschen Grenzen für Importe ungleichlich offener sind als die japanischen.

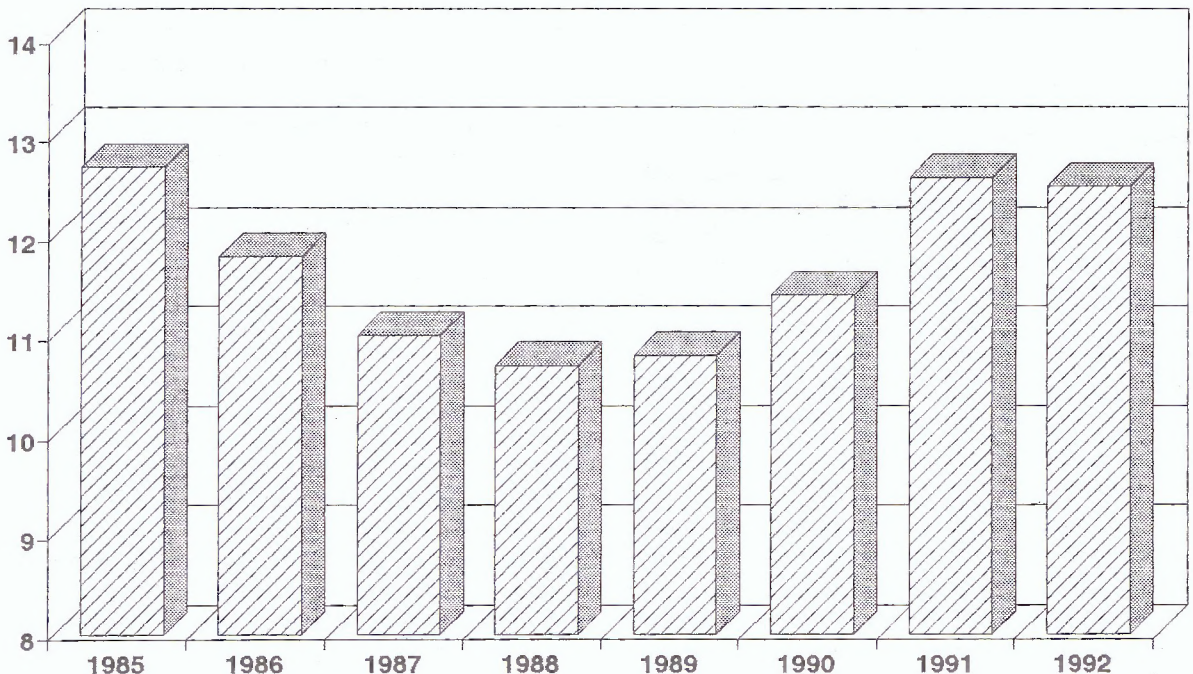
Was also spricht für den Befund einer Kostenkrise oder einer fundamentalen Schwäche des Standorts Bundesrepublik? Offensichtlich werden bei diesem Befund unzulässigerweise Entwicklungen, die im Zuge der deutschen Einigung aufgetreten sind, mit globalen Entwicklungen ver-

mischt, und es werden daraus Schlüsse gezogen, die für Westdeutschland so nicht gelten. Ein gutes Beispiel dafür ist die sog. Kostenkrise: Die rasche Lohnangleichung in Ostdeutschland hat in der Tat dazu geführt, daß dort die meisten Industrieunternehmen nicht mehr mit den Anbietern auf dem Weltmarkt konkurrieren können. Die Märkte Ostdeutschlands sind folglich von den Unternehmen aus westlichen Industrieländern versorgt worden. Davon haben viele Länder profitiert. Weitaus am erfolgreichsten aber waren die Unternehmen in Westdeutschland. Sie haben in kurzer Zeit große Teile dieses Marktes erobert und damit in dieser Phase ihre Marktanteile am Weltmarkt erheblich ausweiten können.

Dies ist eine in der öffentlichen Diskussion völlig mißverständene Entwicklung. Der ostdeutsche Markt ist den westdeutschen Unternehmen nicht zugefallen, weil es ein deutscher Markt war, sondern weil sie wettbewerbsfähig waren. Das „Konjunkturprogramm“ im Zuge der deutschen Einheit war kein Programm für deutsche Unternehmen, sondern ein Programm, das dem Markt in Deutschland zugute kam. Dieser Markt aber ist offen für alle Anbieter der Welt, insbesondere aus dem europäischen Raum. Diese Tatsache muß konsequenterweise bei Marktanteilsanalysen, aus denen Schlußfolgerungen für Westdeutschland ge-

Reale¹⁾ Marktanteile des westdeutschen Exports von Waren und Diensten an den Importen der OECD

in vH



1) Wechselkurs- und preisbereinigt (Basis 1985).

Quelle: OECD, National Accounts.

DIW 93

zogen werden sollen, berücksichtigt werden. Tut man das, wie im Schaubild „Reale Marktanteile...“ geschehen⁴, zeigt sich, daß die westdeutschen Unternehmen ihre Position im gesamten OECD-Raum in den vergangenen Jahren enorm verbessert haben, nachdem sie — aufwertungsbedingt — 1986 und 1987 erhebliche Verluste hatten hinnehmen müssen. Klar zum Ausdruck kommt eine solche Entwicklung auch im Außenbeitrag Westdeutschlands, wie er in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesen wird. Von dem ohnehin schon sehr hohen Niveau im Jahre 1988 aus hat sich der Außenbeitrag bis 1993 fast verdoppelt und erreicht mit 200 Mrd. DM etwa 7 vH des Bruttosozialprodukts.

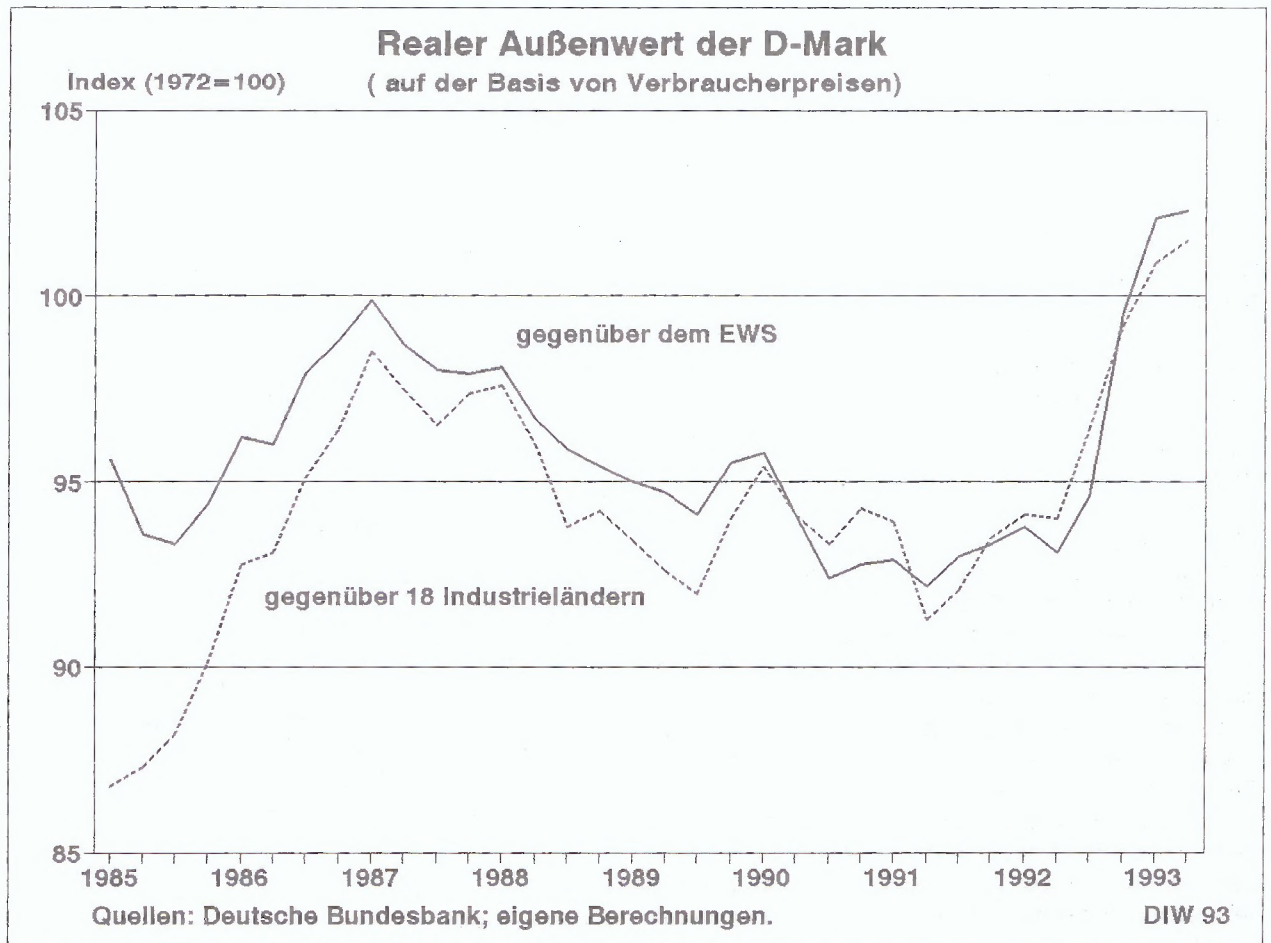
Es gibt also in Deutschland durchaus ein Phänomen, das man als „Kostenkrise“ bezeichnen kann, nämlich in Ostdeutschland, gleichzeitig aber auch den Beweis, daß die westdeutsche Wirtschaft über eine sehr hohe Wettbewerbsfähigkeit verfügt. Marktanteilsanalysen, die dieses Phänomen ausklammern, indem sie nur die Exporte Deutschlands in das Ausland einbeziehen, sind ungeeignet für die Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit Westdeutschlands.

Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zeigt sich in den Jahren 1987 bis 1991 sehr deutlich auch an dem Rück-

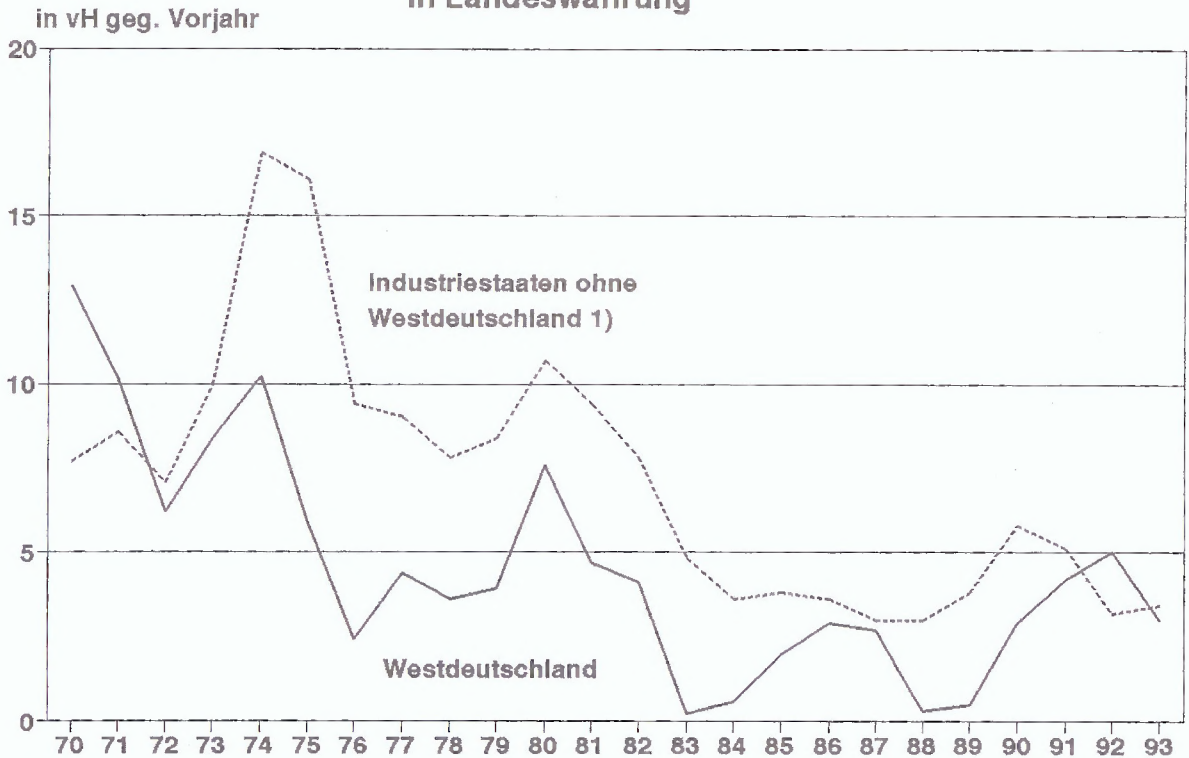
gang des realen Außenwerts der D-Mark (Schaubild). Diese Abwertung war allein der günstigen internen Kostensituation zuzuschreiben. Erst die jüngsten Aufwertungen der D-Mark im EWS haben die Position Deutschlands wieder drastisch verschlechtert und lassen für die nächste Zukunft keine günstigen Exporterwartungen zu. Mit einer „Kostenkrise“ hat diese überwiegend wechselkursbedingte reale Aufwertung aber nichts zu tun. Der interne Kostenanstieg hat sich 1991 und 1992 zwar beschleunigt, das aber ist Ergebnis der konjunkturellen Überhitzungsercheinungen und bildet sich schon zurück.

Daß es in Westdeutschland keine „Kostenkrise“ gibt, zeigt eindeutig das Schaubild „Lohnstückkosten in Westdeutschland im internationalen Vergleich“. Hier sind die Lohnsteigerungen (einschließlich der sogenannten Lohnnebenkosten) in Westdeutschland aufgetragen, vermindert um den Anstieg der Produktivität. Nur zweimal in den vergangenen 25 Jahren sind die Lohnstückkosten, das für

⁴ In Relation gesetzt sind in diesem Schaubild aus Gründen der Datenverfügbarkeit die westdeutschen Exporte in die Welt (einschließlich Ostdeutschland) zu den gesamten Importen der OECD (seit Mitte 1990 einschl. Gesamtdeutschland). Beide Größen werden zu festen Preisen und Wechselkursen gerechnet. Eine Überprüfung mit anderen Bewertungen hat ergeben, daß sich die Entwicklung nicht wesentlich anders darstellt.



Lohnstückkosten in Westdeutschland im internationalen Vergleich in Landeswährung



1) Gewichtet nach Exportanteilen 1991, wie sie - mit Ausnahme der USA - der Berechnung der SZR zugrunde liegen.

Quellen: SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken; eigene Berechnungen.

DIW 93

die Messung von Wettbewerbsfähigkeit entscheidende Maß⁵, in den alten Bundesländern stärker gestiegen als im Durchschnitt der Handelspartner. Das war in den Jahren 1970 und 1971 sowie 1992 der Fall. Beides waren Phasen der auslaufenden Hochkonjunktur in Deutschland bei schon stärkerer Rezession im Rest der Welt.

Das bedeutet, daß Westdeutschland von den internen Produktionsbedingungen her praktisch immer günstiger abgeschnitten hat als der Durchschnitt der anderen Länder. Das schließt die Kostenseite ebenso ein wie die technologischen Bedingungen, die alle in die Messung der Produktivität eingehen. Daß die guten internen Entwicklungen von Wechselkursänderungen überlagert wurden, die zeitweise „überschossen“ und damit die internen Bedingungen überkompensierten, steht auf einem anderen Blatt. Letztlich aber läßt sich die fundamentale Stärke der D-Mark nur mit diesem Befund erklären. Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß sich das in den kommenden Jahren ändert. Sobald ein konjunktureller Aufschwung einsetzt, wird die Produktivität wieder kräftig zunehmen und bei absehbar geringen Zuwächsen der Nominallohne zu sehr wenig steigenden, unter Umständen sogar zu fallenden Lohnstückkosten führen.

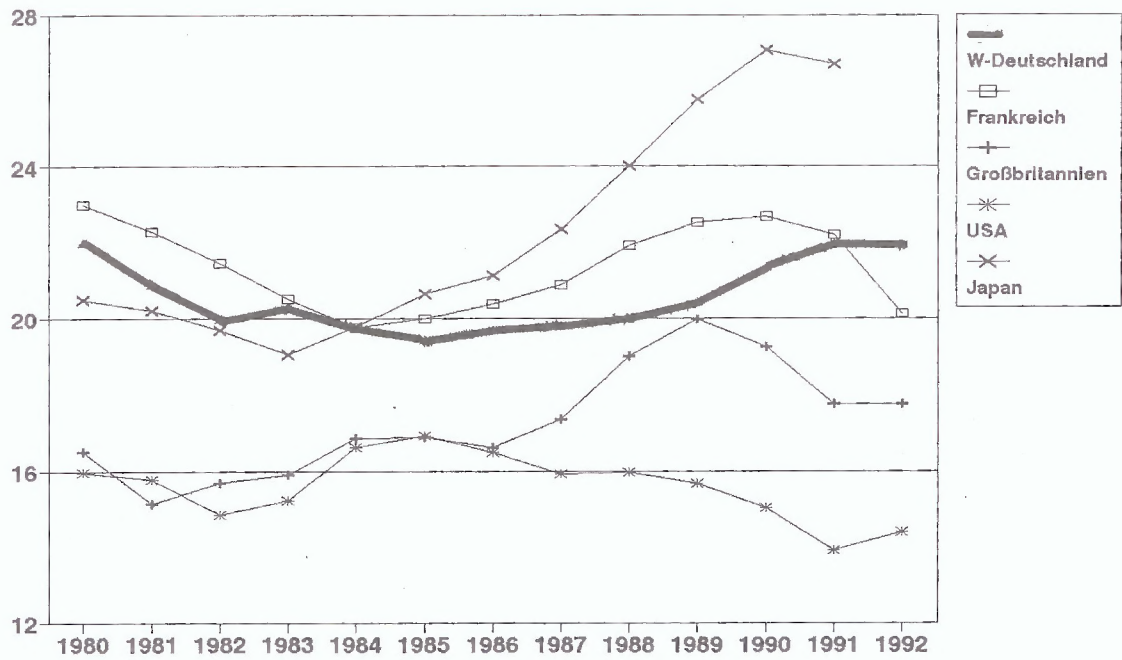
Die Voraussetzungen für kräftige Produktivitätszuwächse in den nächsten Jahren sind in Deutschland besser als in fast allen anderen großen Industrieländern. Dank des einigungsbedingten Booms und ihrer Erfolge auf dem ostdeutschen Markt haben die westdeutschen Unternehmen weit mehr investiert als ihre Konkurrenten. Das Schaubild „Investitionsquoten“ zeigt, daß Westdeutschland bei den für die Entwicklung der Produktivität besonders wichtigen Investitionen in Maschinen in den letzten Jahren Frankreich, Großbritannien und die USA weit hinter sich gelassen hat. Der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen am Bruttosozialprodukt lag in Westdeutschland 1992 bei 10½ vH, in den USA nur bei 7½ vH.

Diese Zahlen werfen ein bezeichnendes Licht auf den Investitionsstandort Deutschland. Betrachtet man die wichtigsten Einflußfaktoren, ist leicht nachzuvollziehen, warum die Unternehmen in Westdeutschland besonders viel investieren. Hier sind die Bedingungen bis in die jüngste Vergangenheit äußerst günstig gewesen. Die internationale

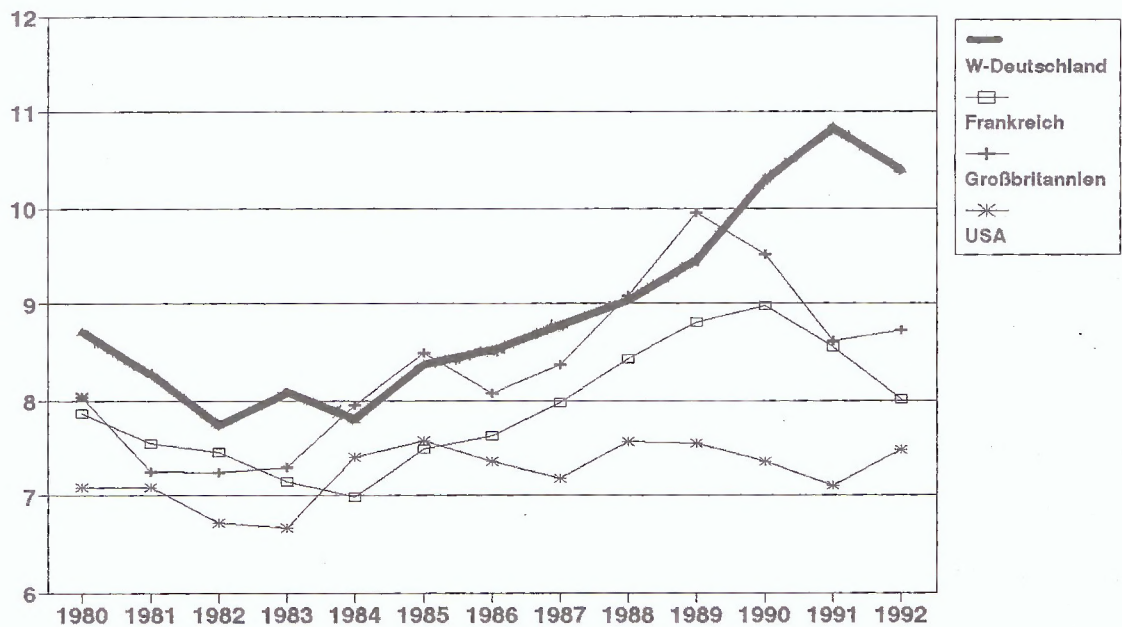
⁵ Vgl. H. Flassbeck: „Theoretische Aspekte der Messung von Wettbewerbsfähigkeit“. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Nr. 1-2/1992.

Investitionsquoten

Anteile der Bruttoanlageinvestitionen am BIP in vH



Anteile der Ausrüstungsinvestitionen am BIP in vH *



* Japan nicht verfügbar.

In Landeswährung zu festen Preisen.

Quelle: OECD, Main Economic Indicators.

Wettbewerbsfähigkeit hatte sich über eine Reihe von Jahren deutlich verbessert, der Wechselkurs war in dieser Zeit stabil, so daß die internen Kostenvorteile der westdeutschen Wirtschaft durchschlagen konnten. Die Zinsen hatten Anfang 1988 den niedrigsten Stand in der Nachkriegszeit erreicht (Diskontsatz 2,5%), und die Gewinne waren schon seit Anfang der 80er Jahre auch ohne die Berücksichtigung staatlicher Entlastungen sehr stark gestiegen.

Nimmt man alles zusammen, ist das Gerede von einer Struktur- und Kostenkrise der westdeutschen Wirtschaft oder der Gefährdung des Investitionsstandortes Deutschland leichtfertig und abwegig. Die auf der Basis einer solchen Diagnose vorgeschlagenen Therapien sind untauglich und gefährlich. Wer eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit fordert in einer Zeit, in der viele Hunderttausende in Ost- und Westdeutschland zwangsweise mit 55 Jahren in den Vorruhestand geschickt werden, verwirrt und frustriert

die Menschen. Wer die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche fordert in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit sprunghaft steigt und ein enormer Sockel an Langzeitarbeitslosen droht, setzt den sozialen Konsens aufs Spiel, der — wie die Entwicklung der Lohnstückkosten im internationalen Vergleich zeigt — die Basis für den deutschen Erfolg in der Nachkriegszeit war. Wer mit der Einschränkung der Leistungen an die Ärmsten und die Arbeitslosen, die ohnehin einen übermäßig großen Teil der Lasten der deutschen Einheit zu tragen haben, versucht, das vermeintliche „über-die-Verhältnisse-leben“ zu bekämpfen, spaltet die Gesellschaft und schadet der Konjunktur und den Unternehmen. Wer jetzt die Reallöhne für längere Zeit senken will, um eine vermutete Wettbewerbsschwäche der deutschen Wirtschaft zu überwinden und die Lasten der Vereinigung tragen zu können, verkennet die Dynamik der Marktwirtschaft und die Problemlösungskapazität offener demokratischer Gesellschaften.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1992	1993	1994		1992	1993	1994	
			A)	B)			A)	B)
	Mrd. DM				Veränderung in vH geg. Vorj.			
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes								
zu jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	1708,8	1774,0	1830,5	1806,0	6,3	4,0	3,0	2,0
Staatsverbrauch	605,0	620,0	641,0	639,0	9,2	2,5	3,5	3,0
Bruttoanlageinvestitionen	705,2	720,5	771,0	767,0	8,8	2,0	7,0	6,5
Ausrüstungen	304,8	282,5	292,0	288,5	1,0	-7,5	3,5	2,0
Bauten	400,4	438,0	479,0	478,5	15,7	9,5	9,5	9,5
Vorratsveränderung	-5,5	-3,5	8,0	5,5	—	—	—	—
Außenbeitrag	-6,3	-7,0	1,5	10,5	—	—	—	—
Ausfuhr ¹⁾	712,3	673,5	709,0	710,0	0,2	-5,5	5,5	5,5
Einfuhr ¹⁾	718,6	680,5	707,5	699,5	0,4	-5,5	4,0	3,0
BRUTTOINLANDSPRODUKT	3007,3	3104,5	3252,0	3227,5	7,5	3,0	5,0	4,0
zu Preisen von 1991:								
Privater Verbrauch	1632,5	1620,0	1620,0	1594,5	1,6	-1,0	0,0	-1,5
Staatsverbrauch	569,8	566,0	571,5	571,5	2,8	-0,5	1,0	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	677,7	668,5	688,0	683,5	4,6	-1,5	3,0	2,0
Ausrüstungen	300,1	275,0	278,5	274,5	-0,6	-8,5	1,0	0,0
Bauten	377,7	393,5	409,5	409,0	9,1	4,0	4,0	4,0
Vorratsveränderung	-2,4	-1,5	5,0	2,0	—	—	—	—
Außenbeitrag	-23,8	-34,0	-24,0	-16,0	—	—	—	—
Ausfuhr ¹⁾	707,5	665,5	691,5	691,5	-0,5	-6,0	4,0	4,0
Einfuhr ¹⁾	731,2	699,5	715,5	707,5	2,1	-4,5	2,5	1,0
BRUTTOINLANDSPRODUKT	2853,9	2819,0	2860,5	2835,5	2,0	-1,0	1,5	0,5
nachr.: Güterverwendung im Inland	2877,6	2853,0	2884,5	2851,5	2,6	-1,0	1,0	0,0
Preisentwicklung (1991 = 100):								
Privater Verbrauch	—	—	—	—	4,7	4,5	3,0	3,5
BRUTTOINLANDSPRODUKT	—	—	—	—	5,4	4,5	3,0	3,5
nachr.: Lohnstückkosten	—	—	—	—	5,7	3,5	2,0	2,5
Entstehung des Bruttosozialproduktes								
Erwerbstätige im Inland	—	—	—	—	-1,7	-2,0	-1,0	-1,0
Arbeitszeit	—	—	—	—	2,8	-1,0	-0,5	-0,5
Arbeitsvolumen	—	—	—	—	1,0	-3,0	-1,5	-1,5
Produktivität je Arbeitsstunde	—	—	—	—	0,9	2,0	3,0	2,5
BRUTTOINLANDSPRODUKT (real)	—	—	—	—	2,0	-1,0	1,5	0,5
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	1728,3	1766,5	1831,0	1821,0	7,6	2,0	3,5	3,0
aus Unternehmertät. u. Verm.	584,6	600,0	643,0	622,5	1,6	2,5	7,0	4,0
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	943,2	963,0	976,5	970,5	6,0	2,0	1,5	1,0
aus Unternehmertät. u. Verm.	480,3	488,0	518,5	500,0	0,3	1,5	6,5	2,5
Verfügb. Eink. der priv. Haushalte	1954,8	2016,5	2083,0	2051,5	6,2	3,0	3,5	1,5
Weitere Eckdaten								
Finanzierungssaldo Ausland ²⁾	-46,5	-50,0	-39,5	-30,5	—	—	—	—
Finanzierungssaldo Staat ²⁾	-83,5	-115,0	-98,5	-87,5	—	—	—	—
nachr.: Arbeitslose (Tsd. Pers.)	2979	3360	3510	3575	—	—	—	—
Arbeitslosenquote (vH) ³⁾	7,7	8,8	9,2	9,4	—	—	—	—

1) Um innerdeutsche Transaktionen bereinigt. — 2) Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — 3) Bezogen auf Erwerbstätige (Inländer). — A) Prognose ohne geplante Konsolidierungsmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten. — B) Prognose unter Berücksichtigung der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten in Höhe von etwa 35 Mrd. DM.

Quellen: 1992 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1993), der Bundesanstalt für Arbeit und eigene Berechnungen. 1993 und 1994 Schätzung des DIW, Angaben gerundet.

WESTDEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1992	1993	1994		1992	1993	1994	
			A)	B)			A)	B)
		Mrd. DM				Veränderung in vH geg. Vorj.		
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes								
zu jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	1492,7	1539,0	1582,0	1564,0	5,1	3,0	3,0	1,5
Staatsverbrauch	499,1	503,0	516,0	514,0	6,6	1,0	2,5	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	596,3	589,5	615,5	612,0	5,5	-1,0	4,5	4,0
Ausrüstungen	258,7	233,0	237,0	234,0	-1,1	-10,0	2,0	0,5
Bauten	337,6	357,0	378,5	378,0	11,2	5,5	6,0	6,0
Vorratsveränderung	-5,9	-5,0	9,5	8,0	—	—	—	—
Außenbeitrag	189,7	197,0	212,0	217,5	—	—	—	—
Ausfuhr	928,5	898,0	940,0	940,5	4,1	-3,5	4,5	4,5
Einfuhr	738,8	701,5	728,0	723,0	2,0	-5,0	4,0	3,0
BRUTTOINLANDSPRODUKT	2772,0	2824,0	2935,5	2915,5	6,1	2,0	4,0	3,0
zu Preisen von 1985:								
Privater Verbrauch	1287,1	1276,5	1274,0	1255,5	1,0	-1,0	0,0	-1,5
Staatsverbrauch	403,3	399,5	403,0	403,0	2,5	-1,0	1,0	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	492,3	469,5	472,5	469,0	1,5	-4,5	0,5	0,0
Ausrüstungen	233,1	207,5	206,5	204,0	-2,7	-11,0	-0,5	-1,5
Bauten	259,1	262,0	265,5	265,0	5,6	1,0	1,5	1,0
Vorratsveränderung	-0,5	-2,5	7,5	5,0	—	—	—	—
Außenbeitrag	60,5	60,5	69,5	75,0	—	—	—	—
Ausfuhr	883,2	849,5	876,0	876,0	3,2	-4,0	3,0	3,0
Einfuhr	822,7	788,5	807,0	801,0	3,5	-4,0	2,5	1,5
BRUTTOINLANDSPRODUKT	2242,7	2203,5	2226,5	2208,0	1,5	-2,0	1,0	0,0
nachr.:								
Güterverwendung im Inland	2182,2	2142,5	2157,0	2132,5	1,6	-2,0	0,5	-0,5
Preisentwicklung (1985 = 100):								
Privater Verbrauch	—	—	—	—	4,1	4,0	3,0	3,5
BRUTTOINLANDSPRODUKT	—	—	—	—	4,5	3,5	3,0	3,0
nachr.:								
Lohnstückkosten	—	—	—	—	4,7	3,0	2,0	2,0
Entstehung des Brutto sozialproduktes								
Erwerbstätige im Inland	—	—	—	—	0,8	-1,5	-0,5	-1,0
Arbeitszeit	—	—	—	—	0,7	-1,0	-0,5	-0,5
Arbeitsvolumen	—	—	—	—	1,5	-3,0	-1,0	-1,5
Produktivität je Arbeitsstunde	—	—	—	—	0,0	1,0	2,0	1,5
BRUTTOINLANDSPRODUKT (real)	—	—	—	—	1,5	-2,0	1,0	0,0
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	1506,1	1522,5	1567,0	1559,0	5,9	1,0	3,0	2,5
aus Unternehmertät. u. Verm.	593,5	594,5	625,5	608,5	1,2	0,0	5,0	2,5
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	814,4	822,5	829,5	824,0	4,6	1,0	1,0	0,0
aus Unternehmertät. u. Verm.	498,3	493,0	512,5	497,0	0,8	-1,0	4,0	1,0
Verfügb. Eink. der priv. Haushalte	1709,4	1752,0	1802,0	1778,5	4,2	2,5	3,0	1,5
Weitere Eckdaten								
Finanzierungssaldo Ausland ¹⁾	6,0	-3,0	13,5	19,5	—	—	—	—
Finanzierungssaldo Staat ¹⁾	-66,4	-99,5	-78,0	-71,0	—	—	—	—
nachr.:								
Arbeitslose (Tsd. Pers.)	1808	2235	2390	2435	—	—	—	—
Arbeitslosenquote (vH) ²⁾	5,8	7,3	7,8	7,9	—	—	—	—

¹⁾ Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — ²⁾ Bezogen auf Erwerbstätige (Inländer). — A) Prognose ohne geplante Konsolidierungsmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten. — B) Prognose unter Berücksichtigung der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten in Höhe von etwa 27 Mrd. DM.

Quellen: 1992 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1993), der Bundesanstalt für Arbeit und eigene Berechnungen. 1993 und 1994 Schätzung des DIW, Angaben gerundet.

OSTDEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1992	1993	1994		1992	1993	1994	
			A)	B)			A)	B)
		Mrd. DM				Veränderung in vH geg. Vorj.		
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes zu jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	216,1	235,0	248,0	242,0	15,8	8,5	5,5	3,0
Staatsverbrauch	105,9	117,0	125,0	125,0	22,9	10,5	6,5	6,5
Bruttoanlageinvestitionen	108,9	130,5	156,0	155,0	31,3	20,0	19,0	18,5
Ausrüstungen	46,1	50,0	55,0	54,0	14,3	8,0	10,5	9,0
Bauten	62,8	81,0	101,0	100,5	47,4	29,0	24,5	24,5
Vorratsveränderung	0,4	1,5	-1,5	-2,0	—	—	—	—
Außenbeitrag	-196,0	-203,5	-210,5	-207,0	—	—	—	—
Ausfuhr	51,2	54,0	59,5	59,5	16,5	5,5	10,5	10,5
Einfuhr	247,3	258,0	270,0	267,0	14,3	4,5	5,0	3,5
BRUTTOINLANDSPRODUKT	235,3	280,5	317,0	312,5	26,4	19,0	13,0	11,5
zu Preisen von 1991:								
Privater Verbrauch	196,7	196,5	199,0	193,5	5,4	0,0	1,5	-1,5
Staatsverbrauch	90,1	91,0	92,0	92,0	4,5	0,5	1,5	1,5
Bruttoanlageinvestitionen	102,9	118,0	133,5	133,0	24,0	14,5	13,5	12,5
Ausrüstungen	45,7	49,0	53,0	52,0	13,3	7,0	8,5	6,5
Bauten	57,2	69,0	80,5	80,5	34,2	21,0	17,0	16,5
Vorratsveränderung	1,1	1,0	-2,5	-3,0	—	—	—	—
Außenbeitrag	-191,9	-197,5	-198,5	-195,5	—	—	—	—
Ausfuhr	50,7	53,0	57,0	57,0	15,2	4,5	8,0	8,0
Einfuhr	242,6	250,5	256,0	252,5	12,1	3,5	2,0	1,0
BRUTTOINLANDSPRODUKT nachr.:	198,9	208,5	223,5	220,0	6,8	5,0	7,5	5,5
Güterverwendung im Inland	390,8	406,0	422,5	415,5	9,0	4,0	4,0	2,5
Preisentwicklung (1991 = 100):								
Privater Verbrauch	—	—	—	—	9,8	9,0	4,0	4,5
BRUTTOINLANDSPRODUKT nachr.:	—	—	—	—	18,3	13,5	5,5	5,5
Lohnstückkosten	—	—	—	—	12,4	6,0	1,0	2,0
Entstehung des Bruttosozialproduktes								
Erwerbstätige im Inland	—	—	—	—	-11,7	-4,5	-1,5	-2,0
Arbeitszeit	—	—	—	—	12,2	0,5	-1,0	-1,0
Arbeitsvolumen	—	—	—	—	-0,9	-4,0	-2,5	-3,0
Produktivität je Arbeitsstunde	—	—	—	—	7,8	9,5	10,0	8,5
BRUTTOINLANDSPRODUKT (real)	—	—	—	—	6,8	5,0	7,5	5,5
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	222,2	244,0	264,0	262,0	20,6	10,0	8,0	7,0
aus Unternehmertät. u. Verm.	-8,9	5,5	17,5	14,0	—	—	—	—
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	128,9	140,5	147,0	146,5	16,3	9,0	4,5	4,0
aus Unternehmertät. u. Verm.	-18,0	-5,0	6,0	3,0	—	—	—	—
Verfügb. Eink. der priv. Haushalte	245,4	264,0	281,0	273,0	22,8	7,5	6,5	3,5
Weitere Eckdaten								
Finanzierungssaldo Ausland ¹⁾	-52,5	-47,0	-53,0	-50,0	—	—	—	—
Finanzierungssaldo Staat ¹⁾ nachr.:	-17,1	-15,5	-20,0	-16,5	—	—	—	—
Arbeitslose (Tsd. Pers.)	1170	1125	1120	1135	—	—	—	—
Arbeitslosenquote (vH) ²⁾	14,9	16,2	16,4	16,6	—	—	—	—

¹⁾ Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — ²⁾ Bezogen auf Erwerbstätige (Inländer). — A) Prognose ohne geplante Konsolidierungsmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten. — B) Prognose unter Berücksichtigung der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten in Höhe von etwa 8 Mrd. DM.

Quellen: 1992 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1993), der Bundesanstalt für Arbeit und eigene Berechnungen. 1993 und 1994 Schätzung des DIW, Angaben gerundet.

Sparhaushalt nicht konjunkturgerecht

Die finanzpolitische Diskussion ist gegenwärtig von einer hektischen Betriebsamkeit geprägt, in der Besonnenheit und Augenmaß verloren zu gehen drohen. Zweifellos sind die öffentlichen Haushalte heute so angespannt wie kaum zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Nachdem Ende der 80er Jahre eine grundlegende Verbesserung in den öffentlichen Haushalten erreicht worden war (Finanzierungssaldo des Staates 1989: +2½ Mrd. DM), haben vor allem die übernommenen Verpflichtungen zur Unterstützung des ostdeutschen Transformationsprozesses, die in ihrem Umfang erheblich unterschätzt worden sind, hohe Defizite mit sich gebracht. Die Regierung sieht sich nicht nur in einem vermeintlichen Handlungszwang, weil sie das Ausmaß des konjunkturellen Rückganges erst nach und nach realistisch einschätzte und daher die Haushaltseckdaten wiederholt korrigieren mußte. Auf Meldungen über die nun höher als zunächst erwartet ausfallenden Defizite wird mit immer weitergehenden Sparplänen reagiert. Dies läßt eine Konzeption vermissen, die sich an den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen orientiert.

Die Abschwungsphase ist aber ein denkbar ungünstiger Zeitpunkt für Sparmaßnahmen. Massive Konsolidierungsbemühungen verstärken die rezessiven Kräfte, führen zu weiteren Steuermindereinnahmen und höheren Transferzahlungen; das angestrebte Ziel des Defizitabbaus wird damit verfehlt. Folgt man in einer solchen Situation dem Ruf nach weiteren Einsparungen, dann besteht die Gefahr eines kumulativen Abschwungs. Es drängen sich fatale Assoziationen zur Brüning'schen Sparpolitik auf, die als eklatante Fehlleistung der Wirtschaftspolitik in die Geschichte eingegangen ist.

Nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StabWG) ist der Bund bei der Etataufstellung zu einer antizyklischen Haushaltspolitik verpflichtet (§ 5 StabWG). Die Finanzpolitik hatte sich zunächst von diesem Grundsatz leiten lassen und fand dabei durchaus breite Zustimmung¹. Diese, den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen ange-

¹ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1993. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18-19/1993, S. 260.

**Geplante Konsolidierungsmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten der Bundesrepublik Deutschland
im Haushaltsjahr 1994**
Mrd. DM

Bundesanstalt für Arbeit ¹⁾	10,0
Gebietskörperschaften (Bund, Länder u. Gemeinden)	15,0
dar.:	
Einsparungen	
Transfers an private Haushalte ²⁾	8,5
Null-Runde für Beamte u. Pensionäre	3,2
Subventionsabbau ³⁾	1,3
Steuererhöhungen ⁴⁾	2,0
„Sparpaket“ insgesamt	25,0
+ Finanzierung der Bahnreform ⁵⁾	9,3
+ Anhebung der Versicherungssteuer (1.7.1993)	0,7
Geplante Maßnahmen insgesamt	35,0
davon:	
Direkte Steuern	2,0
Indirekte Steuern	10,0
Übertragungen an	
Unternehmen	1,3
Private Haushalte	19,5
Staatsverbrauch	2,2

¹⁾ Kürzung des Kurzarbeiter-, Schlechtwetter- und Eingliederungsgeldes; Kürzung des Arbeitslosengeldes durch degressive Ausgestaltung; Herabsetzung des Unterhalts- und Übergangsgeldes durch Anpassung an die Leistungssätze des Arbeitslosengeldes. Senkung der Ausgaben für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. — ²⁾ Kürzung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Einschränkung des Kindergeldes für Besserverdienende, Verschiebung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz über 1996 hinaus sowie Streichung der Arbeitnehmersparzulage. — ³⁾ Begrenzung der Subventionen in der Landwirtschaft, im Kohlenbergbau und bei Forschung und Entwicklung. — ⁴⁾ Mißbrauchsbekämpfung. — ⁵⁾ Anhebung der Mineralölsteuer um 16 Pfg./l (Benzin) und 7 Pfg./l (Diesel) sowie die Anhebung der Kfz-Steuer um 7,50 DM/ccm für Diesel-Pkw.

messene Strategie schlug sich auch im föderalen Konsolidierungsprogramm nieder. Fühlbare Konsolidierungsschritte waren erst für die Jahre von 1995 an vorgesehen, wenn sich die Konjunktur wieder gefestigt haben dürfte. Diesen Pfad droht die Finanzpolitik nun zu verlassen: Unter dem Eindruck der schlechteren Haushaltslage diskutiert die Regierung, den ohnehin restriktiven Haushalt weiter zu begrenzen.

Die gegenwärtig diskutierten Sparpläne sehen Ausgabenkürzungen und Einnahmenverbesserungen in der Größenordnung von 35 Mrd. DM (einschließlich Erhöhung der Mineralölsteuer zur Finanzierung der Bahnreform) vor. Bei einer Reihe von Ansätzen muß bezweifelt werden, daß sie sich — wenn überhaupt — in der beabsichtigten Größenordnung realisieren lassen. In den „Streichlisten“ liegt das Schwergewicht bei der Kürzung von Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit. Allein hier sollen 1994 etwa 10 Mrd. DM eingespart werden, das wären knapp 10 vH des gesamten Budgets. Darüber hinaus wird erwogen, durch Mißbrauchsbekämpfung, die Streichung der Arbeitnehmersparzulage, Subventionsabbau sowie durch Kür-

zungen von Transfers und Personalausgaben bei Bund, Ländern und Gemeinden Einsparungen in einer Größenordnung von 15 Mrd. DM zu erzielen. Einschließlich der Mineralölsteuererhöhung bemißt sich das Sparpaket auf 35 Mrd. DM. Vier Fünftel dieser Maßnahmen verringern unmittelbar die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, ein Fünftel wirkt preiserhöhend.

Bei einem Kaufkraftentzug in dieser Größenordnung sind negative Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung zwangsläufig. Dies um so mehr, als einkommensschwächere Haushalte, bei denen die Maßnahmen voll auf den Konsum durchschlagen werden, besonders stark betroffen sind. Dies wird deutlich, wenn man die Wirkungen des geplanten Konsolidierungspakets (Variante B) einer Entwicklung gegenüberstellt, in der auf einen forcierten Sparkurs verzichtet wird (Variante A)². Für 1994 ist der von dem Konsolidierungspaket induzierte Wachstumsverlust auf einen Prozentpunkt des Bruttoinlandsprodukts zu veranschlagen: Anstelle eines leichten Aufschwungs droht damit

² Vgl. den vorstehenden Bericht.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Einnahmen und Ausgaben des Staates

	1992	1993	1994		1992	1993	1994	
			A)	B)			A)	B)
		Mrd. DM				Veränderung in vH geg. Vorjahr		
Einnahmen								
Steuern	755,3	779,5	823,5	824,0	9,3	3,0	5,5	6,0
Sozialbeiträge	559,0	586,0	624,5	623,0	8,5	5,0	6,5	6,5
Erwerbseinkünfte	48,5	45,0	42,0	42,0	34,8	−8,0	−6,5	−6,5
Sonstige Übertragungen ¹⁾	39,1	42,0	43,5	43,5	19,3	7,5	3,5	3,5
Vermögensübertragungen ¹⁾	9,7	10,0	10,5	10,5	9,7	3,0	3,0	3,0
EINNAHMEN insgesamt	1411,6	1462,4	1543,5	1543,0	10,0	3,5	5,5	5,5
Ausgaben								
Staatsverbrauch	605,0	620,3	641,0	639,0	9,2	2,5	3,5	3,0
Zinsen	99,1	108,0	115,5	115,5	29,3	9,0	7,0	7,0
Laufende Übertragungen	671,3	722,0	752,5	735,5	7,5	7,5	4,5	2,0
Private Haushalte	548,3	593,5	619,0	603,0	12,0	8,0	4,5	1,5
Unternehmen	68,6	71,0	74,0	72,5	−6,8	3,0	4,0	2,5
Übrige Welt ¹⁾	54,4	57,5	60,0	60,0	−11,1	6,0	4,0	4,0
Nettoinvestitionen	62,5	64,5	68,0	68,0	16,5	3,0	5,5	5,5
Vermögensübertragungen ¹⁾	57,2	62,0	64,5	72,5	−9,6	8,5	4,5	17,0
AUSGABEN insgesamt	1495,1	1576,6	1642,0	1630,0	8,9	5,5	4,0	3,5
FINANZIERUNGSSALDO	−83,5	−115,0	−98,5	−87,5				
Gebietskörperschaften	−86,6	−116,0	−109,0	−97,0				
Sozialversicherung	3,1	1,0	10,5	9,5				

¹⁾ Angaben für die Bundesrepublik Deutschland um innerdeutsche Transfers bereinigt. — A) Prognose ohne geplante Konsolidierungsmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten. — B) Prognose unter Berücksichtigung der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten in Höhe von etwa 35 Mrd. DM.

Quellen: 1992 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1993), der Bundesanstalt für Arbeit und eigene Berechnungen. 1993 und 1994 Schätzung des DIW, Angaben gerundet.

für das nächste Jahr Stagnation. Hinzu kommt, daß die wachstumsdämpfenden Wirkungen des Sparpakets zu weniger Einnahmen und höheren Ausgaben im Staatsbudget führen werden, so daß das Defizit per Saldo nur um gut 10 Mrd. DM auf 88 Mrd. DM und damit um weniger als ein Drittel des ursprünglichen Einsparvolumens zurückgeführt werden kann (Variante B). Bei der Sozialversicherung bewirken die Maßnahmen sogar eine Verringerung des Überschusses, bedingt durch die Mindereinnahmen und Mehrausgaben als Folge der Dämpfung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Erfahrungen in den achtziger Jahren zeigen, daß Wachstum das beste Mittel zur Rückführung von Defiziten ist. Dies bedeutet in der gegebenen Situation vor allem, die eingebauten Stabilisatoren wirken zu lassen. Den Sozialtransfers kommt in diesem Zusammenhang nicht nur deshalb besondere Bedeutung zu, weil sie in wirtschaftlich schwierigen Zeiten den sozialen Frieden bewahren helfen³.

Sozialer Konsens gefährdet

Ein Teil der zur Disposition stehenden sozialen Leistungen sind Lohnersatzleistungen (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe). Die Höhe dieser Leistungen ist an das (pauschalierte) Nettoeinkommen gekoppelt. Eine Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge und der direkten Steuern führt somit über ein geringeres Nettoeinkommen ohnehin schon zu geringerem Arbeitslosengeld bzw. geringerer Arbeitslosenhilfe. Eine Senkung der Bemessungsprozentsätze, die für die Höhe des Arbeitslosengeldes bzw. der Arbeitslosenhilfe maßgeblich sind, belastet diesen Empfängerkreis also doppelt.

Ein Sonderopfer der Arbeitslosen, d. h. eine weitere Einschränkung dieser Lohnersatzleistungen, wird vor allem mit überhöhten Unterstützungszahlungen begründet, die den Anreiz zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit erheblich mindern würden.

Die Leistungen sind im Falle von Arbeitslosigkeit aber im Durchschnitt eher gering. Im Oktober 1992 wurden monatlich folgende Beträge an Arbeitslosengeld bzw. -hilfe gezahlt:

Arbeitslosengeld	
Empfänger insgesamt	1 300 DM
Männer	1 551 DM
Frauen	1 010 DM
Arbeitslosenhilfe	
Empfänger insgesamt	975 DM
Männer	1 042 DM
Frauen	817 DM

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 5/93, S. 832.

Eine Kürzung der Leistung von 68 vH des Nettoeinkommens um drei Prozentpunkte vermindert das Arbeitslosengeld um immerhin knapp 4½ vH, d.h. durchschnittlich um

60 DM. Verringerte man die Dauer des Leistungsbezuges, so würde dies auf der anderen Seite zu einer entsprechend stärkeren Inanspruchnahme der Arbeitslosenhilfe führen. Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe lassen wiederum die Sozialhilfeleistungen steigen.

Andere Transfers — z. B. Sozialhilfeleistungen und Unterstützungszahlungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz — sind am Bedarf, d.h. faktisch am Existenzminimum, ausgerichtet. Nur wenn diese Transfers in dem Maße angehoben werden, wie die Nettoeinkommen der Beschäftigten steigen, bleibt die relative Bedarfsgrenze unverändert. Das Bedarfsbemessungsverfahren für die Sozialhilfe ist nach langjährigen Diskussionen zum 1.7.1990 umgestellt worden. Danach sollten die Regelsätze in der Sozialhilfe in drei Schritten angehoben werden. Der erste Schritt der Anhebung erfolgte zum 1.7.1990. Die beiden anderen Schritte stehen bisher aus. Die als notwendig erachteten Unterhaltssätze werden also bisher nicht gezahlt; schon das Einfrieren der Regelsätze bedeutet ein Zurückbleiben hinter der unstrittigen Bedarfsnorm. Kürzungen würden einen beträchtlichen Teil der Haushalte weiter in die Armut drängen.

Transfers, wie das Kinder- und Erziehungsgeld, werden als Ausgleich für zusätzliche Belastungen gezahlt; diese Belastungen erwachsen aus Aufgaben, die gesellschaftlich als notwendig erachtet werden. Die Kürzungsvorschläge zu diesen Transfers lassen außer acht, daß einerseits das Kinder- bzw. Erziehungsgeld ohnehin weithin einkommensabhängig ist und andererseits die auszugleichende Belastung mit steigendem Einkommen keineswegs zurückgeht. Das Abschaffen bzw. Kürzen der Unterstützungszahlungen im Fall der Kindererziehung führt dazu, daß in diesen Fällen das Bedürftigkeitsprinzip verstärkt wird: Kinder großzuziehen kann man sich leisten, oder man muß den Nachweis der Bedürftigkeit erbringen, falls man einen Belastungsausgleich in Anspruch nehmen möchte.

Steuerhinterziehung energischer bekämpfen

Grundsätzliche Erwägungen gegen einen radikalen Einschnitt in das soziale Netz sprechen freilich nicht dagegen, der mißbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialleistungen energisch entgegenzutreten. Es überrascht freilich, daß dies gegenwärtig einen so hohen Stellenwert einnimmt, denn die Kontrolle der öffentlichen Ausgaben und die Mißbrauchsbekämpfung sollten eigentlich selbstverständlich sein. Bezeichnend für die Verteilung der Gewichte im Konsolidierungspaket der Bundesregierung ist, daß zwar allenthalben von Mißbrauchsbekämpfung und Kürzungen im Sozialbereich die Rede ist, die erheblichen Einnahmehausfälle durch Steuerhinterziehung und Mißbrauch von Steuervergünstigungen aber unzureichend bekämpft werden. Dabei ließen sich gerade in diesem Be-

³ Vgl. auch Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1993. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/1993, S. 12.

reich mittelfristig Einnahmepotentiale in zweistelliger Milliardenhöhe realisieren.

Offensichtlich werden in erheblichem Umfang Einkünfte gegenüber dem Finanzamt unterschlagen, insbesondere im gewerblichen Bereich. Während im Jahre 1986 (für das die letzte Steuerstatistik vorliegt) dem Fiskus die Bruttohohn- und -gehaltsumme zu über 90 vH gemeldet wurde, betrug der Anteil der deklarierten Einkünfte aus Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft sowie selbständiger Arbeit an den Bruttoeinkünften aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen lediglich 55 vH. Dieser Wert lag Anfang der achtziger Jahre noch bei weit über 60 vH. Bei einer marginalen Ertragsteuerbelastung der Unternehmensgewinne von 40 vH brächte eine Verbesserung der Erfassungsquote um nur einen Prozentpunkt zusätzliche Einnahmen in Höhe von 2,5 Mrd. DM. Auch die privaten Haushalte dürften in erheblichem Maße Einkommensteuer hinterziehen, indem sie z. B. überzogene Ansätze für Werbungskosten geltend machen.

Nicht zuletzt wird die zunehmende Steuerhinterziehung durch die Personalabwanderung aus der Finanzverwaltung erleichtert. Regelmäßige Überprüfungen im Innen- und Außendienst, die einen gleichmäßigen Gesetzesvollzug gewährleisten, finden immer weniger statt. Nach Angaben der Deutschen Steuergewerkschaft erzielte jeder Betriebsprüfer im Jahr aber 1,1 Mill. DM und jeder Steuerfahnder 1,3 Mill. DM zusätzliche Steuereinnahmen.

Anstatt also durch Kürzung bei sozialen Regelleistungen oder bei beschäftigungspolitischen Maßnahmen einige wenige Milliarden einsparen zu wollen — zumal bei mittelfristig sich verschärfenden sozialen Konflikten — oder die Steuersätze weiter zu erhöhen, sollten zunächst einmal die vorhandenen Steuerquellen erschlossen und konsequent ausgeschöpft werden. Dies wäre nicht nur sozial gerechter. Eine gleichmäßigere Besteuerung stärkt auch die Wachstumskräfte gerade vor dem Hintergrund von sonst notwendig werdenden Steuererhöhungen.

Ehegattensplitting als Konsolidierungspotential

Erstaunen löst auch aus, daß ein Vergünstigungsbe-reich, in dem bisher praktisch keine Einkommensgrenze gilt, in keinem der zahlreichen Kürzungskataloge als mögliches Einsparpotential auftaucht, obwohl sich dahinter Vergünstigungen in zweistelliger Milliarden-Höhe verbergen: die Steuervergünstigungen aus dem sog. Ehegattensplitting.

Das Splitting-Verfahren ist in § 32a EStG geregelt. Es sieht vor, daß im Falle der Zusammenveranlagung von Ehegatten die zu versteuernden Einkommen zusammenge-rechnet werden und jeder Ehegatte die Hälfte des gemein-samen Einkommens versteuert. Der Splitting-Vorteil steigt aufgrund des progressiven Einkommensteuertarifs mit zu-nehmenden Einkommen und ist umso größer, je geringer das Einkommen eines der Einkommensteuerpflichtigen ist. Der maximale Vorteil wird erreicht, wenn nur ein Ehe-

partner ein Einkommen bezieht; bei einem zu versteu-ernden Einkommen von 240 000 DM und mehr beträgt er 22 842 DM pro Jahr, d.h. das Nettoeinkommen ist um 1 903 DM monatlich höher als das eines Unverheirateten mit gleichem Bruttoeinkommen. Ein verheirateter Allein-verdiener erhält gegenüber einem unverheirateten Steuer-pflichtigen bei einem zu versteuerndem Einkommen von 50 000 DM einen steuerlichen Vorteil von knapp 2 900 DM (242 DM monatlich).

Berechnungen mit dem DIW-Lohn- und Einkommen-steuermode'll zeigen, daß sich die Vorteile aus dem Splitting-Tarif für das Jahr 1993 auf etwa 40 Mrd. DM beziffern lassen. Selbst bei einer nur geringfügigen Einschränkung des Splitting-Vorteils für den einzelnen ließen sich Einspa-rungen in einer beachtlichen Größenordnung erzielen. Von der Struktur her wäre hier zu erwarten, daß die konjunktur-ellen Dämpfungseffekte spürbar geringer ausfallen würden als bei einer Kürzung der Sozialausgaben. Selbst ein moderater Vorschlag wie der des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen aus dem Jahr 1967, den Splitting-Divisor von 2 auf 1,8 zu reduzieren, würde zu Mehreinnahmen bei der Lohn- und Einkommen-steuer von etwa 5½ Mrd. DM führen⁴. Würde man den Splitting-Divisor auf 1,5 zurücknehmen, ließen sich sogar Mehreinnahmen von über 15 Mrd. DM jährlich erzielen. Die Konjunktur würde mit dieser Maßnahme zwar auch über Nachfragekürzungen negativ beeinflußt werden, wegen der geringeren Multiplikatoreffekte aber vermutlich wesentlich weniger als im Falle einer Kürzung der Sozial-hilfe oder des Arbeitslosengeldes um denselben Betrag.

Fazit

In der gegenwärtig prekären wirtschaftlichen Lage in Deutschland kommt es kurzfristig darauf an, alles zu ver-meiden, was den Erholungsprozeß behindert. Finanzpoliti-scher Aktionismus ist folglich fehl am Platze. Es ist indes unbestritten, daß eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auf mittlere Sicht unumgänglich ist. Dafür sind mit dem föderalen Konsolidierungsprogramm die Weichen gestellt worden. Allerdings wird dabei zu stark auf Steuer-erhöhungen gezielt und zu wenig bei der Ausgabendiszi-plin angesetzt. Dies müßte korrigiert werden, denn auf län-gere Sicht sollte die Steuerbelastung wieder auf ein nor-males Niveau gesenkt werden.

Bei der zu erwartenden Stärkung der Steuerkraft im Zuge einer wirtschaftlichen Erholung in Ostdeutschland sind erhebliche Mehrbeträge zu erwarten; heute beträgt die ostdeutsche Steuerkraft lediglich ein Drittel der west-

⁴ Bei dieser Lösung würde der Splitting-Vorteil in der Spitze von 22 842 auf 18 274 DM (—20 vH) gekappt. Im Falle eines zu ver-steuernden Einkommens von 100 000 DM pro Jahr würde sich der Vorteil des verheirateten Alleinverdieners von bisher 8 580 auf 7 537 DM (—12 vH) reduzieren. Bei einem Jahreseinkommen von 60 000 DM wäre der Vorteil ebenfalls um 12 vH geringer, 3 236 statt 3 715 DM.

deutschen. Zudem zeigt die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in den achtziger Jahren, daß eine Konsolidierung mittelfristig machbar ist, wenn die Ausgaben konsequent unter Kontrolle gehalten werden und die anziehende Konjunktur die Einnahmen verbessert. Zum Anfang der achtziger Jahre gab es hohe Defizite, die im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt ähnliche Dimensionen wie heute er-

reichten (3,7 vH 1981). Es gelang jedoch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ohne massive Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung, die Zuwachsraten der Ausgaben zu begrenzen und zum Teil deutlich unter denen der Einnahmen zu halten, so daß 1989 sogar ein positiver Finanzierungssaldo erreicht werden konnte.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1993/94. Bearbeitet von Arbeitskreis Konjunktur.

Sparhaushalt nicht konjunkturgerecht. Bearbeitet von der Arbeitsgruppe Öffentlicher Sektor. —

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304